Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die erste Februarhälfte 900.— Mk. Einzelverkaufspr. 70.— Mk.
Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 200.— Mark, auswärtige 250.— Mark, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 170 Mk., für Reklamen 800.— Mk.
Geschäftsstelle: Johannisstraße 46. Fernruf 926

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 30. | Montag, 5. Februar 1923. | 30. Jahrgang.

Einbruch der Franzosen in Baden.

Offenburg, Appenweier und Bühl besetzt.

Stuttgart, 4. Februar.

Am heutigen Sonntag vormittag haben die Franzosen Offenburg, Appenweier und Bühl in Baden besetzt. In Offenburg wurde heute früh 9 Uhr von Kavallerie der Bahnhof, die Post und das Rathaus und die Kinzigbrücke besetzt. Da das Einrücken gestern abend schon gemeldet war, konnte noch viel Eisenbahnmaterial in Sicherheit gebracht werden. Die Besetzung erfolgte durch ein starkes Detachement.

Anmerkung der Redaktion: Die Besetzung von Offenburg und Appenweier wird von zuständiger Stelle in Berlin bestätigt.

Gewaltherrschaft in Offenburg.

Offenburg, 5. Februar.

Die Bevölkerung wird durch Plakate, die von französischer Seite verbreitet worden sind, aufgefordert, sich ruhig zu verhalten. Die Polizeistunde ist von der französischen Besatzungsbehörde auf 9 Uhr abends festgesetzt worden. Es wurde weiterhin ein Versammlungsverbot erlassen. Für die Bevölkerung tritt nunmehr die für den bisherigen Brückenkopf von Kehl vorgeschriebene Bestimmung über Ausweise, Pässe usw. in Kraft.

Ein Aufruf der badischen Regierung.

Karlsruhe, 5. Februar.

Die badische Regierung hielt, wie berichtet, am gestrigen Sonntag einen bis in die Abendstunden währenden Kabinettsrat ab, der sich eingehend mit der durch die Besetzung der Franzosen geschaffenen Lage beschäftigte. U. a. wurde beschlossen, einen Aufruf an das badische Volk zu richten, in dem die Erwartung ausgesprochen wird, daß das badische Volk sich geschlossen hinter die Regierung stellt und daß alle Staatsbürger die Würde bewahren und Ernst und Besonnenheit an den Tag legen, die das höchste Gebot der Stunde sind.

*

TU. Karlsruhe, 5. Februar.

Das badische Kabinett beschloß in einer gestern unter dem Vorsitz des Staatspräsidenten Remmele abgehaltenen Sitzung, daß entsprechend den Weisungen, die die Reichsregierung und die preußische Staatsregierung ihren Beamten im Ruhrgebiet erteilt haben, auch di ebadische Regierung ihren Beamten Weisung gibt, keinerlei französischen Befehlen, sondern lediglich den Weisungen ihrer Regierung Folge zu leisten.

Der Irrwahn geht weiter!

Dr. L. Lübeck, 5. Februar.

Auch das noch!

Ratlos wie an der zerwühlten und zerkratzten Lagerstatt eines tobsüchtigen Epileptikers steht man vor der Wirksamkeit Poincarés. Es ist zweifellos: sein Zustand verschlimmert sich mit jedem französischen Mißerfolg im Ruhrgebiet. Jetzt haut er auch auf Baden los.

Was hat Frankreich bisher erreicht? Bekanntlich wollte es mit seinen Bajonetten die monatliche Kohlenlieferung von 1,6 Millionen Tonnen auf 1,8 Millionen erhöhen. Statt dessen erhält es nun seit der Besetzung fast gar nichts mehr! Für die französische Industrie muß das naturgemäß katastrophale Folgen haben. In Lothringen sind von den vorhandenen 29 Hochöfen 20 schon ausgeblasen und die französischen Eisenbahnen sind gezwungen, große Mengen englischer Steinkohlen einzuführen. Daß die französische Zahlungsbilanz und damit der Franken stark ins Wanken kommen müssen, ist selbstverständlich.

Mit dem sinkenden Franken (12 Prozent in 4 Wochen) steigen aber die Preise; das französische Volk spürt also täglich am eigenen Leibe die heilsamen Folgen der Wahnsinnspolitik seines Herrn und Meisters. Und der schönste Nationalismus wird auf die Dauer vom Hunger ausgehöhlt. Daß vor solcher Befürchtung die gegenwärtigen Machthaber in Paris und ihr Schildträger, der bloc national, nervös werden, ist selbstverständlich. Daher immer neue Wahnsinnstaten.

Offenburg und Appenweier sind die beiden Eisenbahnstationen der Linie Frankfurt—Basel, die Straßburg gegenüberliegen. Appenweier ist zudem der Knotenpunkt dieser Linie mit der großen Durchgangsstrecke Paris—Wien und Prag.

Welche Absichten die Franzosen mit der Besetzung dieses Knotenpunktes verfolgen, ist vorläufig unklar. Vielleicht ist es nur die Antwort auf die Erklärung der deutschen Eisenbahnverwaltung, den Pariser Orient-Expreß vorläufig aus Kohlenmangel nicht mehr über das deutsche Bahnnetz leiten zu können.

Erhebliche wirtschaftliche Folgen wird die Besetzung dieser beiden Stationen, die kaum drei oder vier Fußstunden von Straßburg und dem Kehler Brückenkopf entfernt liegen, nicht haben. Aber in seinen rechtlichen Auswirkungen ist der Einfall geradezu ungeheuerlich. Hatte bei der Ruhrbesetzung Poincaré zunächst noch die Möglichkeit auf die fehlenden Kohlenlieferungen und die dadurch bedingte „friedliche Ueberwachung" des Verteilungsschlüssels hinzuweisen, so fehlt für den neuesten französischen Rechts- und Friedensbruch auch die leiseste Möglichkeit einer Beschönigung.

An einem drastischen Beispiel wird der ganzen Welt auf das deutlichste und entsetzlichste klar gemacht, wohin der französische Militarismus steuert, wohin Poincaré Frankreich, Europa und die Welt geführt hat.

Lufthiebe des Militarismus sind für ihn, der zum Leben Siege und Beute braucht, Niederlagen. In seiner Verzweiflung trampelt er deshalb alles, was er erreichen kann, mit seinen Kanonenstiefeln nieder. Und beweist damit, daß er unfähig ist, einem zu friedlicher Abwehr entschlossenen Volk seinen Willen aufzuzwingen.

Die organisierte Arbeiterschaft des Ruhrgebietes kämpft deshalb einen Kampf, der über den Existenzkampf eines Riesenvolkes noch hinausgeht; den Kampf einer neuheraufziehenden Weltgerechtigkeit über den bloßen Machtgedanken des Militarismus einer versinkenden Zeit.

Daß in diesem Kampf Deutschland Frankreich überwindet, ist ausgeschlossen. Vorher müßte Deutschland zerbrechen. Wenn aber Frankreich durch den Lauf der Ereignisse gezwungen wird, tatsächliche Verständigungsmöglichkeiten zu bieten, so wäre das ein ungeheurer Erfolg der neuen Abwehrtaktik im Kampf zweier Weltanschauungsformen, und damit eine katastrophale Niederlage des militaristischen Gedankens.

In der Tat kämpfen die Ruhrarbeiter also für eine Umwälzung der sozialen Einstellung, für eine Weltrevolution, die seit der Reformation ihresgleichen nicht hatte.

Verloren ist dieser Kampf, wenn durch törichtes nationalistisches Geschwätz und patriotisches Kraftmeiertum das französische Volk stets aufs neue aufgestachelt wird und die beiden Länder sich bis zum Niederbruch zerfleischen. Worauf über den Kadavern zweier Volkswirtschaften der französische Militarismus grinsend die Geißel seiner unumschränkten Macht schwingen würde.

Alles in allem: Keine französische Gewalttat wird unsern Abwehrwillen erschüttern; aber auch keine nationalistische Sturmglocke wird unsern Verstand verdüstern. Wir wissen worum es geht. Sollen in Zukunft Vernunft und Gerechtigkeit in der Welt regieren, oder soll Militarismus und blöder Machtglaube auch weiterhin der Welt Frieden und Freiheit rauben?

Diese Erkenntnis ist es, die die Ruhrarbeiter zu ihrer heroischen Entschlossenheit die Kraft gab und auch in Zukunft geben wird. Der Arbeiter hungert und arbeitet, wenn es sein muß, für den Freiheitskampf seiner Klasse; auch für die Weltrevolutionierung im Sinne des Sozialismus ist er zum letzten Opfer bereit.

Für den Kapitalismus aber, heiße er deutsch oder französisch, für die Profitgier eines kleinen Kreises verantwortungsloser Ausbeuter hüben und drüben gibt er keine Stunde, keinen Schweißtropfen und keinen Pfennig her. Hier scheiden sich die Geister; hier steht der unverrückbare Grenzpflock der Einheitsfront.

*

Ausfuhrverbot auch für Kohlenprodukte?

Essen, 5. Februar.

Während bis jetzt nur Kohle und Koks von der Ausfuhr ausgeschlossen sind, sollen künftig auch Teerprodukte nicht mehr nach dem unbesetzten Deutschland ausgeführt werden. Es handelt sich dabei in erster Linie um Paraffin, dann um Benzol, Oele und andere Teerprodukte. Wie weit aber der Begriff Teerprodukte gehen wird, ist bis zur Stunde noch nicht bekannt. Aber man kann daran, daß die Franzosen das besetzte Gebiet im Süden bis nach dem Wuppertal erweitert haben, schließen, daß ihnen darum zu tun ist, die berühmten deutschen Teerprodukte, die in den großen Farbwerken hergestellt werden, für sich zu beschlagnahmen.

*

Wieder ist die deutsche Protestnote mit einer langen Liste von Ausweisungen in Paris überreicht worden. In vollendeter Disziplin wird der Abwehrkampf geführt. Auf Eingriff in den Betrieb folgt Streik, so sicher wie das Amen. Der Gewalttaten — Verhaftungen, Ausweisungen, Hinausschleppungen, Zeitungsverbote und Individualterror von Ehrenmännern in Uniform — sind zu viele, als daß wir sie einzeln verzeichnen könnten. Daß man mit allen Möglichkeiten rechnet, zeigt ein in einer vergessenen Militärmappe auf der Eisenbahn gefundener Befehlsentwurf über das Verhalten der Franzosen bei einem erzwungenen Rückzuge und bei Aufständen. Zu den geplanten Maßnahmen gehört u. a. die Aufreißung von Eisenbahnschienen und Sprengung von Brücken.

Der Reichskommissar für das besetzte Gebiet hat unter schlüssiger juristischer und tatsächlicher Begründung die Aufforderung der Rheinlandkommission abgelehnt, an die hauptsächlichsten Beamten des besetzten Gebietes ein Rundschreiben weiterzugeben, in dem unter Berufung auf die angebliche Rechtsauffassung des Reichsgerichts behauptet wird, daß die Ordonnanzen der Rheinlandkommission ganz unabhängig davon, ob sie gegen das Völkerrecht und gegen vertragsmäßige Vereinbarungen verstießen, für die gesamte Bevölkerung und insbesondere für die Beamten verbindlich seien.

Französisch-deutscher Notenwechsel wegen nicht durchgeführter Kokstransporte.

Berlin, 5. Februar.

Die französische Regierung hat am 27. Januar der deutschen Botschaft in Paris eine Note übergeben, worin sie sich über nicht durchgeführte Kokstransporte aus Mährisch-Ostrau nach Hayningen in Lothringen beschwert und von einer Verletzung des Artikels 321 der Versailler Vertrages spricht.

Die deutsche Regierung betont in ihrer Antwort vom 3. Februar u. a. das Prager Eisenbahnministerium sei frühzeitig davon benachrichtigt worden, daß die Kokstransporte infolge der im deutschen Verkehrswesen durch den französisch-belgischen Einbruch in das Ruhrgebiet hervorgerufenen Verkehrsstockungen und Verkehrseinschränkungen zunächst nicht durchgeführt werden konnten, aber am 29. Januar weiter geleitet worden seien. Die zugesagte Uebernahme weiterer Kokszüge seien durch neue Eisenbahnbetriebsstörungen wieder in Frage gestellt werden. Die deutsche Note erkennt die Verpflichtung zur Gewährung freien Durchganges für den Güterverkehr aus Artikel 321 des Versailler Vertrages an, weist aber darauf hin, daß nach dem gleichen Artikel der Durchgangsverkehr nur Anrecht auf gleiche Behandlung hat wie der innere deutsche Verkehr. Der Durchgangsverkehr von Kokszügen werde so weit und so bald es betriebstechnisch möglich ist, wieder aufgenommen werden. Die deutsche Regierung erkennt jedoch einen Verstoß gegen den Artikel 321 nicht an.

Die Lebensmittelversorgung des Ruhrgebiets.

Düsseldorf, 3. Februar. (Drahtber.)

Regierungspräsident Genosse Grützner machte uns heute folgende Mitteilungen:

Immer wieder werden Requisitionen von den Truppen vorgenommen, was natürlich im Ruhrgebiet von den schwersten Folgen für die Ernährung sein kann. Heute erst haben französische Truppen in Vohwinkel gewaltsam requiriert. Mehl, das nur in rationierter Form abgegeben wird, wurde von den Truppen, als der Verkauf verweigert worden ist, einfach weggenommen. Die Lebensmittelversorgung wird aber auch durch die Verkehrslage neuerdings erschwert. In dieser Beziehung sehen wir der Zukunft mit Sorge entgegen. Der Fettmangel macht sich besonders in Duisburg, Düsseldorf-Stadt und -Landkreis und in Essen bemerkbar. Die Versorgung des Viehes, insbesondere der Pferde, ist ebenfalls schwierig. Die Arbeitslosenunterstützung soll wesentlich erhöht werden. Die Bürgermeister sind angewiesen, zur Linderung der Not Notstandsarbeiten in großem Umfange vorzunehmen.

Der Wille, die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu überwinden, ist in der Bevölkerung groß. Die Besatzungsbehörde beabsichtigt jetzt, zur Beladung der Kohlenwagen Arbeiter-Kommandos, die im Auslande angeworben sind, im Kohlengebiet zu verwenden. — Bisher sind 150 Beamte mit ihren Familienangehörigen, zusammen etwa 600 Personen, ausgewiesen worden.

Cuno verspricht.

Berlin, 3. Februar.

Der Reichskanzler empfing im Laufe des Freitags verschiedene Führer der einzelnen Parteien des Reichstages, mit denen er vor der Vertagung des Parlaments die außenpolitische Lage und vor allem den Stand der Dinge im Ruhrgebiet eingehend erörterte. Dabei soll er es als unwahrscheinlich bezeichnet haben, daß England oder Amerika im jetzigen Stadium irgend etwas Entscheidendes tun. Nochmals sagte der Kanzler ausdrücklich zu, daß die Regierung alles tun werde, um die Löhne und die Ernährung der Arbeiter sicherzustellen. Umlaufenden Gerüchten über Unstimmigkeiten im Kabinett und Uneinigkeit, die über die weitere Haltung der Regierung bestehen soll, trat der Kanzler dabei mit voller Entschiedenheit entgegen. In allen wesentlichen Fragen bestehe volle Einigkeit.

*

Dr. Wirth geht nach Amerika.

Gegenüber Gerüchten, daß Dr. Wirth in absehbarer Zeit mit der Neubildung der Reichsregierung beauftragt werde, wird von gut unterrichteter Seite erklärt, daß Dr. Wirth nicht entfernt daran denke; daß er vielmehr alle Vorbereitungen treffe, um einer Vortragsreise in die Vereinigten Staaten Folge zu leisten.

Ein Attentat auf Stambulinski.

Sofia, 3. Februar.

Auf den bulgarischen Minister des Aeußern Stambulinski ist ein Attentat verübt worden. Als der Minister sein Dienstgebäude verließ und sein Automobil besteigen wollte, stürzten sich vier bewaffnete Männer auf ihn, warfen eine Bombe und gaben zahlreiche Schüsse auf ihn ab. Der Chauffeur des Autos wurde getötet. Sein Diener und ein Schutzmann wurden schwer verletzt. Der Minister blieb unverletzt. Beide Täter konnten verhaftet werden. Sie gehören zur Organisation der mazedonischen Komitatschi.

Dollar 43000.

Appell aller deutschen Gewerkschaften an Amerika.

Am 1. Februar traten Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Gewerkschaftsbundes (Christliche Gewerkschaften), des Gewerkschaftsringes (Hirsch-Duncker) und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes zu einer Sitzung zusammen, um zu der augenblicklichen Lage und den für die nächste Zukunft drohenden Gefahren Stellung zu nehmen. Sie beschlossen, folgende Kundgebung sofort ergehen zu lassen:

An den

Senat der Vereinigten Staaten und

Repräsentanten-Haus

Washington.

Die unterzeichneten Gewerkschaftsverbände, die 12 Millionen Mitglieder vertreten, mit ihren Angehörigen also mehr als die Hälfte der gesamten deutschen Bevölkerung darstellen, erklären erneut, daß sie, gestützt auf Amerikas positives Versprechen, völlige Gerechtigkeit walten zu lassen, Deutschland von der Autokratie zur Demokratie führten, sich dem Gebot völliger Entwaffnung fügten, und dem Verlangen, für Frieden und internationale Versöhnung zu wirken, rückhaltlos Ausdruck gaben.

Der Deutsche liebt die friedliche Arbeit, aber er widersetzt sich ebensosehr der Absicht, ihn für unbegrenzte Zeiten zum Sklaven zu machen, oder gar die kommenden Geschlechter seines Volkes einem System wirtschaftlicher Knechtschaft auszuliefern. Die Besetzung des Ruhrgebietes und der Versailler Vertrag bedingen jedoch solche Sklaverei, zerstören die deutsche und die europäische Wirtschaft und bedrohen zunächst Millionen Deutsche mit Arbeitslosigkeit.

Eine unparteiische, doch genügend bevollmächtigte Untersuchungs-Kommission wird dies feststellen können, außerdem aber noch, daß jetzt mitten im Frieden Männer und Frauen, alte und junge, verhaftet und aus ihrer Heimat ausgewiesen werden, nur weil sie sich weigern, zu Verrätern an ihrem Vaterlande zu werden. Wir sind bereits zu einem Volk herabgedrückt worden, das chronisch hungert, dessen Säuglinge in Papier statt in Leinenwindeln gewickelt werden, dessen Frauen und Kinder körperlich verelenden und verkommen.

Dieser Appell soll kein Versuch sein, Amerika zu bewegen, eine bestimmte Haltung zugunsten der einen oder der anderen der sich gegenüberstehenden Parteien einzunehmen; es ist ein Appell an das traditionelle amerikanische Ehrgefühl und an seinen Sinn für „fair play" (anständiges Spiel). Amerika, wir sind fest überzeugt, trat nicht in den Krieg, um das deutsche Volk zu vernichten. Der amerikanische Ehrenstandpunkt, wenn er auch jetzt fest behauptet wird, kann Europa und die Welt retten von sonst unvermeidlichem Unglück.

*

Die letzten Maßnahmen der Franzosen, insbesondere die systematische Unterbindung der Kohlenzufuhr, werden sich wahrscheinlich bald stark auf die deutsche Wirtschaft auswirken. Schon heute befinden sich mehr als neun Zehntel der deutschen Bevölkerung in einer unerträglichen Notlage. Neue Arbeitslosigkeit muß eintreten, wenn jedes Volk, das sich ein Kulturvolk nennt, weiter fortfährt, u. a. die Kohlenlieferungen systematisch zu unterbinden. Und trotzdem muß kaltes Blut bewahrt werden. Nationalistische und kommunistische Wirrköpfe dürfen nicht zu Ratgebern der Masse werden. Jedes gewaltsame Vorgehen wäre ein Streich zum Selbstmord, zum völligen Untergang unseres Volkslebens. Durch äußerste Zurückhaltung müssen wir bestrebt sein, den günstigen Eindruck, den die Haltung des deutschen Volkes auf das Ausland bisher gemacht hat, auch weiter aufrechtzuerhalten. Der **passive Widerstand**, den Deutschland leistet, muß über Unterstützung von außen finden.

Deutschland hat 1918 auf Grund der von Amerika aufgestellten Bedingungen die Waffen gestreckt. Diese Tatsache gibt der deutschen Arbeiterschaft das Recht, heute, nachdem die Entwicklung der Verhältnisse auf die Spitze getrieben ist, dem amerikanischen Volke anzuzeigen, daß sich die deutsche Bevölkerung in einem unbeschreiblichen Elend befindet, dem ganz Europa zusteuern muß, wenn nicht Einhalt geboten wird. Auch Amerika trägt Verantwortung für die Zustände, unter denen heute die Arbeiterschaft Deutschlands, und nicht nur Deutschlands, bitter leiden muß. Daher tun die deutschen Gewerkschaften nur ihre Pflicht, wenn sie jetzt an das amerikanische Volk den Appell richten, die deutsche Arbeiterschaft — denn um deren Leiden handelt es sich bei allem, was schon geschah und was noch geschehen mag — nicht im Stich zu lassen. Die Gewerkschaften hoffen, daß das Gerechtigkeitsgefühl des amerikanischen Volkes dem Appell der deutschen Arbeiter den Nachdruck verleihen wird, der notwendig ist, um endlich der Vernunft zum Siege in der Welt zu verhelfen.

Die Ernährungslage.

WTB. Der preußische Landwirtschaftsminister machte in der Sonnabend-Sitzung des Hauptausschusses des Preußischen Landtags anläßlich der Generaldebatte über die landwirtschaftliche Verwaltung folgende Mitteilung zur Ernährungslage:

Die Ernährungslage ist gefährdrohend. Durch die schlechte Ernte und den Einfall der Franzosen ist sie besonders kritisch geworden. Die Brotgetreideernte ist in Preußen 35 Prozent niedriger als im Vorjahr. Die Eingänge an Umlagegetreide sind verhältnismäßig sehr günstig. Bis zum 31. Januar sind 660 566 Tonnen gleich 34 Prozent des Solls in den Händen der Reichsgetreidestelle gewesen. 90—100 000 Tonnen sind noch in den einzelnen preußischen Regierungsbezirken abgeliefert, jedoch rund 60 Prozent geliefert worden. Eine Beurteilung mit Kartoffelmehl in beschränktem Umfang halte ich für angebracht. Ein Glück ist die bessere Kartoffel- und Hafernacht-Ernte. Sehr bedauerlich ist der Rückgang der Viehbestände. Bei Rindvieh und Schweinen sind wir jetzt wieder auf dem tiefsten Stand bei Aufhebung der Zwangswirtschaft im Herbst 1921 angelangt. Die Zahl der Kühe ist um 12 Prozent gesunken. Dadurch ist ein beträchtlicher Rückgang der Milchergiebigkeit herbeigeführt, die nur noch die Hälfte des Friedensertrages beträgt.

Im Kampfe

sind durch umfassende Maßnahmen gehalten werden. Zunächst ist Abhilfe durch Verfütterung von Kleie und Tonsilen zu hoffen, welche bereits Sorge getragen ist. Ferner beschäftigt die Regierung, in umfangreichem Maße Milch aus Holland für das Ruhrgebiet heranzuholen.

Der Minister wird sich möglichst mit Nachdruck für den preußischen Entwurf zur Regelung der Gemeindebewirtschaftung im nächsten Jahre (Gesetz zur Bekämpfung gegen Düngerlieferung) ein. „Gut Ding, dann Nachdruck" ist die Forderung des Tages.

Russisches Hungergeld.

Zwei Milliarden für die Zerstörung der deutschen Gewerkschaften.

Die Sowjetregierung hat bekanntlich den sogenannten Hungeraufruf der Sowjetunion gegeben, um dem Bedürfnis der Hungerigen nach „Brüdern" zu genügen und um die Zerstörung der deutschen Gewerkschaften planmäßig unter dieser Deckfirma betreiben zu können. Bei der frivol angezettelten Bewegung in Ludwigshafen hat man eine deutliche Probe davon zu spüren bekommen, was diese Betriebsrätebewegung für die Lähmung der gewerkschaftlichen Arbeit zu leisten vermag. Da die eigenen Mittel der deutschen Kommunisten nicht ausreichen, so hat man von russischer Seite aus geholfen. Die „Rote Fahne" teilt mit, daß der allrussische Zentralrat der Gewerkschaften der Zentrale der KPD. 100 000 Goldrubel überwiesen hat, um den Kampf „gegen die eigene Bourgeoisie", d. h. nach kommunistischer Ansicht gegen die Gewerkschaften planmäßig zu führen. Die Zentrale ist angewiesen, diese Summe, nach deutschem Gelde zwei Milliarden Mark, dem Reichsausschuß der Betriebsräte zu überweisen.

Höher kann die Schamlosigkeit wirklich nicht gehen. Die Kommunisten werden nicht leugnen können, daß die Korruptionssummen, die hier von ihnen selbst öffentlich bekanntgegeben werden, nur einen Teil der Unterstützung darstellen, die die Kommunistische Partei aus Rußland bezieht. Die mit großem Tamtam von den deutschen Arbeitern für das hungernde russische Proletariat gesammelten Papiermark stehen jedenfalls in keinem Verhältnis zu den Summen, die dieselben Kommunisten aus Rußland in Gold beziehen. Wir sind gespannt, ob die Kommunisten, die den Etat ihrer Parteizentrale aus guten Gründen der Oeffentlichkeit vorenthalten, wenigstens über diese Riesensummen des Fünfzehnerausschusses öffentliche Rechenschaft ablegen werden.

Aus dem bayrischen „Freistaat".

Demonstrationen für die deutsche Republik dürfen nicht stattfinden.

Die Sozialdemokraten hatten beschlossen, am 11. Februar auf dem Platze vor der Feldherrnhalle für die Unteilbarkeit der deutschen Republik zu demonstrieren. Beabsichtigt war, sechs bis zehn Züge zu formieren, die schwarzrotgoldene Fahnen mitführen sollten. Auf dem genannten Platze sollte nach einer musikalischen Einleitung und nach einem Gesangstück ein Hoch auf die deutsche Republik die Demonstration beschließen. Reden sollten nicht gehalten werden. Die Polizeidirektion hat im Benehmen mit dem Generalstaatskommissar die Abhaltung dieser Demonstration mit der Begründung verboten, daß von jetzt ab der Platz vor der Feldherrnhalle und der Königsplatz einzelnen Parteigruppierungen überhaupt nicht mehr zur Verfügung gestellt werden.

Ein Kommentar zu diesem Verbot erübrigt sich nach den Vorfällen zwischen der bayrischen Regierung und den Nationalsozialisten.

*

Der „Völkische Beobachter" kann vom halbwöchentlichen zum täglichen Erscheinen übergehen. Er nennt die Angaben des Innenministers „Schwenkereien" —, schweigt aber auf die Anfrage des „B. T." nach den Frankbezügen der Hakenkreuzler, die vielleicht das tägliche Erscheinen des Hetzwisches ermöglichen.

Nur ein Sozialdemokrat!

Ein amerikanischer Konzern hat dem Abgeordneten Scheidemann schon im Dezember vorigen Jahres eine große Summe in Dollar angeboten, um dafür das Recht zu erwerben, aus den unveröffentlichten Tagebüchern Scheidemanns drei Aufsätze nach eigener Wahl veröffentlichen zu dürfen. Das angebotene Honorar würde sich jetzt auf mehr als 12 Millionen Mark belaufen. Scheidemann hat das Anerbieten abgelehnt. Wir begrüßen das Verhalten unseres Genossen, das sehr vorteilhaft absticht von dem Verhalten des ehemaligen Kaisers, Ludendorffs, Helfferichs und anderer deutschnationaler Götzen, die für ihre Geisteserzeugnisse sehr gern Dollars in Empfang genommen haben, selbst wenn sie durch ihre Veröffentlichungen im Auslande dem deutschen Volk Schaden zufügten.

Die Zwiebeln werden teuer!

Ohnehin steigen die Preise für Nahrungsmittel ins Unermeßliche. Anstatt dieser Entwicklung wirksam entgegenzutreten, hat jetzt das Ernährungsministerium sogar die Ausfuhr von Zwiebeln, eines der notwendigsten und wenigen Gewürze, die in Deutschland hergestellt werden, freigegeben, sodaß man damit rechnen muß, daß die Zwiebelpreise auf das Zehnfache des heutigen Preises steigen werden. Das Vorgehen des Ernährungsministers ist einfach unverständlich und findet seine Erklärung nur in den Treibereien der Interessenten, die vor der Preissteigerung bei der gegenwärtigen Volksnot nicht zurückschrecken.

Erhöhung der Düngerpreise.

Amtlich wird uns mitgeteilt:

Die mit Wirkung vom 1. Februar 1923 in Kraft getretene Erhöhung des Preises für rheinisch-westfälische Fettförderkohle hat eine Erhöhung der bis auf weiteres hierauf abgestellten Stickstoffdüngerpreise notwendig gemacht. Eine Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft setzt die neuen Preise mit Wirkung vom 3. Februar 1923 fest, nachdem der beim Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft bestehende Düngestickstoff-Ausschuß in seiner Sitzung am 30. Januar 1923 dieser Regelung erneut zugestimmt hat. Die neuen Preise betragen für:

schwefelsaures Ammoniak, gewöhnliche Ware	4546,70 Mk.
schwefelsaures Ammoniak, gebarrt und gemahlen	4643,40 Mk.
Kalksalpeter	5383,40 Mk.
die übrigen Salpetersorten	4546,70 Mk.
Kalkstickstoff	4100,00 Mk.

Ferner haben angesichts der auf dem Innenmarkt eingetretenen Preissteigerungen auch die Satzpreise für Stickstoffdüngemittel erhöht werden müssen.

Völkisches.

Die „Großdeutsche Arbeiterpartei", die Nachfolgerin der in Preußen auf Grund der Schutzgesetze verbotenen Nationalsozialisten, steht unter Leitung des bekannten Deftikumers Roßbach, dessen bewaffnete „Arbeitsgemeinschaften" schon oft Gegenstand der öffentlichen Erörterung waren. Selbstverständlich ist die neue Firma als Nachfolgerin der alten auch verboten worden. In Preußen wenigstens. Aber die Leute suchen mit allen Mitteln den Maschen des Gesetzes zu entschlüpfen. Sie teilen jetzt offiziell mit, daß die „Großdeutsche Arbeiterpartei", also die verbotene, sich der „Deutschvölkischen Freiheitspartei" angeschlossen habe, der Wulle-Gräfe-Fraktion! Wie zum Hohn teilen sie mit, daß die verbotene „Partei" Versammlungen abhält und Roßbach Reden hält. . . .

Schließlich muß als ein besonders beachtenswertes Momentbild festgehalten werden, daß der von den Franzosen ausgewiesene Präsident des Landesfinanzamtes Düsseldorf, Dr. Schlutius, es für geschmackvoll hält, in Elberfeld in einer Versammlung der Gräfe-Partei zu erscheinen und dort demonstrativ am Vorstandstisch Platz zu nehmen! Für einen Vertreter der Republik sicher der geeignetste Aufenthalt!

Der Lohnabzug.

Durch die Geldentwertung ist der Lohnabzug genau wie in den letzten Monaten des verganzenen Jahres zu einer schweren Belastung des Arbeitseinkommens geworden. Ein Arbeiter, verheiratet, mit zwei Kindern, der Anfang Januar von einem Wochenlohn von 15 000 Mark 650 Mark = 4,3 Prozent Steuern bezahlte, zahlt jetzt, Anfang Februar, bei einem Wocheneinkommen von 40 000 Mark 3150 Mark = 7,9 Prozent Steuern. Diese Belastung des Arbeitseinkommens und die Milderung der Steuerlasten bei den Besitzenden haben eine berechtigte Erregung geschaffen, die durch die Ankündigung, daß eine Neuregelung des Lohnabzuges erst zum 1. März erfolgen soll, noch besonders gestiegen ist.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat deshalb Veranlassung genommen, das Reichsfinanzministerium auf die schweren sozialen, finanziellen und politischen Gefahren aufmerksam zu machen, die entstehen, wenn trotz des gewaltigen Sturzes der Mark der Lohnabzug auch während des ganzen Monats Februar unverändert bleibt. In einer Besprechung, die zwischen Vertretern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und dem Reichsfinanzminister Hermes am Donnerstag stattgefunden hat, ist deshalb verlangt worden, daß die steuerfreien Ermäßigungen bereits im Februar erhöht werden. Es wurde ferner die Forderung aufgestellt, die steuerlichen Lasten für die Kurzarbeiter zu ermäßigen. Die Kurzarbeit greife in ungeheuerlichem Maße um sich. Mit den verminderten Einkommen und den höhren Steuerlasten ist eine Fristung der Existenz eines Kurzarbeiters einfach nicht möglich.

Der Reichsfinanzminister Hermes erkannte die Notwendigkeit einer Erhöhung der steuerfreien Ermäßigungen an, wies jedoch auf die technischen Schwierigkeiten einer Erhöhung im Laufe des Monats Februar hin. Der von den Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion gewiesene Ausweg der Nichteinziehung des Lohnabzuges für eine Woche wurde von ihm als erwägenswert bezeichnet und zugesichert, daß auch die Steuerermäßigung für die Kurzarbeiter sofort vorgenommen werden soll.

In einer Sitzung, die am Sonnabend mit den Spitzenverbänden der Gewerkschaften stattfand, sollte die Entscheidung über diese beiden Fragen getroffen werden, ebenso über die Frage der automatischen Anpassung der steuerfreien Ermäßigungen an die Geldentwertung.

*

Der Kommunistische Parteitag in Leipzig hat sich einstimmig gegen die Lohnsteuer ausgesprochen und ebenso einstimmig von der Regierung ihre Aufhebung verlangt. Inzwischen ist im kommunistischen Paradiese, in Sowjetrußland, die Lohnsteuer eingeführt worden. Jeder Arbeiter, der über den tariflichen Höchstsatz hinaus entlohnt wird, hat neben der Einkommensteuer eine Lohnsteuer zu entrichten. Die Steuer vom Mehrverdienst ist stark progressiv gehalten und beträgt: 6 Prozent bei 500, 10 Prozent bei 2500 und 33 Prozent bei 5000 Rubel. Wie mit den politischen Gefangenen, den Todesurteilen, den Amnestierungen, den Betriebsräten, der Sozialisierung und andern Dingen, so ist es auch mit der Steuer. Was man in Rußland als Ausfluß höchster Weisheit des Kommunismus anbetet, wird in andern Ländern als teuflische Erfindung des Kapitalismus zur Ausbeutung des Proletariats verdammt.

Julia v. Vollmar †

In der siebenten Morgenstunde des ersten Februar ist Julia von Vollmar im tiefen, schmerzlosen Schlafe hinübergegangen; sie hat den Gefährten um sieben Monate überlebt. Im Weltenraum der Ewigkeit sind Julia und Georg von Vollmar wieder vereint. — Die Stunden seit dem Heimgang des über alles geliebten Mannes waren schmerzlichster Erinnerung geweiht, und die Sehnsucht nach dem Ende erfüllte die große Seele der reinsten, gütigsten Frau. Ihr Leben wurde zum Symbol vollendeter Menschlichkeit, es war Hingabe für das große Lebenswerk Georg von Vollmars, für den leidenden und kämpfenden Gefährten. Alles, was sie in den 74 Jahren ihres Lebens an Werken höchster Sittlichkeit schuf, adelte lautlose Selbstverständlichkeit. Liebe und Pflicht errungen die schwersten Stunden des Lebens. Sie überwanden den Tod des Kindes, da der Gatte und Vater für seine Ueberzeugung im Gefängnis war. Julia von Vollmar wußte, was ihr Mann körperlich und seelisch in seinem kranken Zustand gerade während der letzten Jahre litt; er beherrschte diese kleine Welt zu sehr, als daß ein Ton der Klage selbst in den bittersten Stunden der Entsagung zu hören gewesen wäre. Die Gefährtenschaft stummen Heldentums einte sie beide zur Gemeinschaft, wie sie der harrenden Seele als unerreichbares Ideal vorschwebt. —

Georg von Vollmar hatte Julia Kjellberg, die Georg Brandes die entzückendste Frau Schwedens nannte, in Leipzig kennen gelernt. Die geistige Bedeutung und universelle philosophische Bildung hatte Julia Kjellberg schon in früher Jugend mit den großen Vorkämpferinnen für die Befreiung der Frauen in Berührung gebracht. Mit Ellen Key stand sie an der Spitze der schwedischen Frauenbewegung. An deutschen Hochschulen wollte die hochgebildete Frau ihr Wissen vertiefen. In der Aufopferung für den Mann, der mühsam an den Krücken sich fortschleppte, erkannte sie den Zweck ihres Daseins. An ihrer Hand durchschritt der große Führer die Bahn des Lebens. Das unzerstörbare Fundament dieses Bundes war die Vereinigung zweier ganz großer geistigen Potenzen, zweier Menschen, die beide in sittlicher Kraft, Selbstbeherrschung, Lebensbejahung und Lebensverneinung identische Güter besaßen. Und wenn Julia von Vollmar in den Tagen der Einsamkeit sprach, wie es in ihrem Dasein keinen Abend gegeben, an dem sie mit dem Geliebten nicht Worte des Dankes für das Glück ihres gemeinsamen Lebens tauschte, so ahnen wir, daß hier Vollendung stand.

Nun wird auch sie von See und Bergen zu Tal gebracht; im Frieden des Waldes wird ihre Asche neben der unseres Vollmar ruhen. Das Lied, dies Lied voll edelster Harmonie ist aus. Abschied von Georg und Julia von Vollmar. — — Uns bleibt die Erinnerung an etwas wahrhaft Großes; ihnen beiden der Dank für alles in unwandelbarer Treue.

E. S.

Deutschlands Schuldhaft.

Von Karl Kautsky.*)

Wie der Kriegszustand selbst, bringt auch der gegenwärtige Zustand der Reparationsschuld furchtbare Verschwendung mit sich — nach dem Weltkrieg, dessen Wunden nur zu heilen sind durch weitgehende Sparsamkeit aller durch ihn geschädigten Nationen.

Wenn ein Staat eine bestimmte Summe als Kriegsentschädigung bekommt, dann weiß er, daß er damit haushalten muß, will er sie zur Ausbesserung seiner Schäden benutzen. Wenn ihm aber die Aussicht blüht, daß ihm jede Schadensrechnung, die er präsentiert, bezahlt wird, dann fällt jeder Grund zur Sparsamkeit beim Wiederaufbau weg. Und so haben auch die Franzosen durch ihre Erwartung ungemessener Reparationen sich verleiten lassen, den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete mit höchster finanzieller Sorglosigkeit vorzunehmen, die ebenso Verschwendung wie Korruption ermöglichte.

Die mit den Reparationen zusammenhängende Politik der Garantien und Pfänder brachte es aber auch mit sich, daß eine starke Armee notwendig war, sie durchzusetzen. Eine Armee, die ungeheure Summen verschlingt.

Zu der Armee gesellt sich ein äußerst zahlreicher Stab kontrollierender Organe, der um so mehr ausgedehnt und um so reichlicher bezahlt wurde, als auch das alles auf Kosten des Besiegten ging.

Dank der furchtbaren Verschwendung, die so aus dem System der Reparationen entspringt, wurde es möglich, daß, wie erst jüngst Lloyd George bemerkte, abgesehen von riesigen Sachleistungen, die deutsche Republik bereits an Geldzahlungen dreimal so viel geleistet hat, als Bismarck 1871 von Frankreich forderte, und nur ein winziger Bruchteil davon den wirklichen Reparationen zugute kam. Diese erinnern an jene berüchtigten Wohltätigkeitsinstitute, bei denen die Verwaltungskosten alle Einnahmen verschlingen, so daß für den Wohltätigkeitszweck nichts übrig bleibt.

Aber auch das deutsche Volk ward durch die Folgen der Reparationspolitik zu wahnsinniger Verschwendung getrieben. Durch die Inflation verlor das deutsche Geld jegliche Wertbeständigkeit, die natürliche Folge war das Aufkommen einer ausgedehnten Bande von Spekulanten, die aus den Schwankungen des Geldes und der Preise reichen Gewinn zogen. Den hat das Schiebertum ebenso im Handumdrehen wieder verjubelt wie es ihn an sich raffte. Aber auch kleinere Leute verlieren allen Spartrieb angesichts des Mangels jeglicher Wertbeständigkeit des Geldes. Erwirbt einmal einer mehr, als er im Moment notwendig braucht, wird der Ueberschuß leicht verausgabt, um einmal im Elend sich einen guten Tag zu machen.

Ganz anderer Art als diese Verschwendung ist jene, welche die große Masse des deutschen Volkes treibt. Durch die Inflation steigen die Preise rascher als die Löhne, diese bleiben immer weiter hinter dem Unterhaltsminimum zurück, und das ergibt einen entsetzlichen Raubbau an Gesundheit und Arbeitskraft. Diese werden heute in Deutschland in ganz wahnsinnigem Maße verschwendet, dank der Politik der Reparationen.

Schon vor mehr als hundert Jahren wurde in Europa der Kampf gegen das Schuldgefängnis aufgenommen und gezeigt, wie diese Institution dem Schuldner jede Arbeitsfähigkeit und Arbeitsfreudigkeit nimmt, ihn aufs tiefste demoralisiert, ihm jede Möglichkeit raubt, dem Gläubiger und der Gesellschaft je wieder nützlich zu werden, und zugleich den Gläubiger und seine Gehilfen aufs tiefste verroht und herunterbringt.

Die neueste höhere Ethik der Reparationen bedeutet nichts anderes als das Wiederaufleben der schon längst abgeschafften Schuldhaft in ihrer widerlichsten, absurdesten Form, als Schuldhaft eines ganzen Volkes, das die Schuld einer Regierung büßen soll, die es selbst verjagt hat.

Der Engländer Charles Dickens hat die Verruchtheit der Schuldhaft in meisterhaften Schilderungen vor bald einem Jahrhundert gebrandmarkt, und die Vereinigten Staaten gingen Europa mit der Aufhebung der Schuldhaft voran. Werden heute Amerika und England mithelfen an der Aufhebung des Schuldgefängnisses, in das Poincare das deutsche Volk gesperrt hat?

Wie dem auch sein möge, die wichtigste und entscheidende Arbeit der Abwehr muß in Deutschland selbst geleistet werden, und zwar vom Proletariat.

Die Vorgänge im Ruhrrevier, die wir jetzt staunend beobachten, sind von weltgeschichtlicher Bedeutung. Sie zeigen die Kraft, die einem wohlorganisierten und geschulten Proletariat in einem hochindustriellen Gemeinwesen innewohnt. Wie immer der Kampf ausgehen mag, er kann nicht enden, ohne daß das Proletariat der Ruhr in Deutschland, in der Welt die höchste Achtung und Sympathie gewinnt.

Ebenso sicher aber ist es, daß, wenn die Abwehr gelingt, das Reparationsproblem neu zu regeln ist.

In welcher Richtung, das versteht sich nach dem Gesagten von selbst. Wir müssen verlangen, daß die neuere Ethik der Wiedergutmachung gemildert wird mindestens durch Rückkehr zur alten Barbarei, der Kriegskontribution, daß uns keine größere Härte auferlegt wird, als sie Bismarck im Jahre 1871 Frankreich auferlegte.

Daß der Beitrag der von Deutschland zu entrichtenden Entschädigung durch Verhandlungen mit ihm festgesetzt wird in einem Ausmaße, das Deutschlands Kreditfähigkeit herstellt und ihm erlaubt, durch eine Reihe von Kreditoperationen seine Schuld rasch abzuzahlen, dadurch die fremden Truppen aus seinem Gebiete loszuwerden und so seine volle Selbstbestimmung wiederzugewinnen, womit erst der wirkliche Friedenszustand eintritt.

Wie immer man im einzelnen dann die Kriegskontribution regeln mag, Grundsatz bei ihrer Festsetzung muß sein, daß die Frage der Reparationen unterzuordnen ist der Frage der Herstellung eines vollkommenen und dauernden Friedenszustandes. Deutschland selbst muß wünschen, schon im Interesse des guten Einvernehmens mit seinen Nachbarn und seines Ansehens in der Welt, so viel als möglich beizutragen zur Wiedergutmachung des Schadens, den die deutsche Invasion angerichtet hat. Aber die beste Wiedergutmachung für alle Beteiligten ist der vollkommene, dauernde Friede. Eine Form der Reparation, die einen solchen Frieden verhindert, bildet nicht eine Wiedergutmachung, sondern eine Weiterschlechtmachung.

Eine zweckmäßige Regelung der Reparationsfrage wird sich indes schwer erreichen lassen ohne gleichzeitige Beseitigung des Alpdruckes, der auf großen Teilen der Bevölkerung Frankreichs — und auf vielen, sehr friedliebenden Elementen — lastet, der Angst vor dem deutschen Koloß, der an Menschenzahl ständig zunimmt und das menschenarme Frankreich zu erdrücken droht, sobald er wieder an Kraft gewinnt. Das beste Mittel, diese Gefahr zu bannen, wäre sicher die Herstellung eines freundschaftlichen Verhältnisses zwischen der deutschen und der französischen Republik, was das gerade Gegenteil der bisherigen französischen Politik erheischen würde.

Indes, das Mißtrauen und die Befürchtungen sind in der französischen Bevölkerung einmal da, und nur durch Schaffung geeigneter Garantien sind sie auszuheben.

Wie diese Garantien aussehen sollten und könnten, wie weit sie durch Amerika und England, durch den Völkerbund, durch Deutschland selbst zu schaffen wären, kann hier nicht mehr erörtert werden. Hier sei nur darauf hingewiesen, daß die Frage der Sicherung Frankreichs gegen eine Gefährdung durch Deutschland, so gegenstandslos sie uns bei dem heutigen Zustande des Reiches erscheinen mag, mit der Frage der Neuregelung der Reparationen eng zusammenhängt, und daß die Lösung der einen die der anderen erheblich erleichtert.

Und noch eines wird für diese Lösungen wichtig werden. **Sollte die Abwehr des Poincareschen Anschlages gelingen, wird sie der Entschlossenheit und Klugheit des deutschen Proletariats zu danken sein.** Diejenigen, die den Sieg erfechten, dürfen aber nicht wieder, wie so oft vorher, nach dem Siege bei den Verhandlungen über den neuen Frieden beiseite geschoben werden. **Sollen diese Verhandlungen einen wirklichen, dauernden Frieden bringen, müssen die Vertreter des deutschen Proletariats auf die Gestaltung des abschließenden Vertrages bestimmenden Einfluß haben.**

Nachschrift der Redaktion: Aehnliche Gedankengänge wie in den beiden hier erschienenen Artikeln hat Genosse Karl Kautsky jüngst auch in einem Aufsatz entwickelt, der in der weitverbreiteten und angesehenen amerikanischen Zeitschrift „Foreign Affairs" erschienen ist.

*) Siehe „Volksbote" Nr. 29.

Die polnische Mark.

(Von unserem Warschauer Korrespondenten.)

Die polnische Mark ist eine Erinnerung an die Zeit der deutschen Besetzung während des Krieges. Die Okkupationsbehörden errichteten die noch heute bestehende Landesdarlehnskasse und erteilten ihr das Recht, eine Milliarde polnischer Mark zu emittieren, deren Parität mit der deutschen Mark schon dadurch gesichert werden sollte, daß die Reichsbank hierfür garantierte (was bekanntlich zu dem langwierigen Streit über die Kriesnoten — Kries ist der auf den polnischen Noten unterzeichnete Verwaltungschef — führte). Bald nach dem Sturz der Okkupation gab der polnische Staat durch die Landesdarlehnskasse eigenes Papiergeld heraus. Es lautete immer noch auf polnische Mark, aber das polnische Papiergeld trägt den Aufdruck „Der polnische Staat übernimmt die Verantwortung dafür, daß die vorstehende Note gegen die künftige polnische Valuta nach dem vom Verfassunggebenden Sejm zu bestimmenden Verhältnis eingewechselt wird." Tatsächlich beschloß der Verfassunggebende Sejm schon Anfang 1919, daß die polnische Valutaeinheit, der „Zloty", d. h. Gulden, sein solle, und anläßlich der Auflegung der Goldanleihe im Jahre 1922 wurde als Wert des Zloty der Goldfrank bestimmt. Aber bisher besteht er nur auf dem Papier, und die Landesdarlehnskasse emittiert weiter polnische Mark, neuerdings sogar in Scheinen von 50 000 Mark.

Die polnische Mark hat sich von ihrer deutschen Schwester zunächst sehr losgelöst. Sie fiel erst langsam, dann schneller, und im Sommer 1921 bekam man für eine deutsche sechzig Polenmark. Dann kam die Entscheidung über Oberschlesien. Sie steigerte in wenig Monaten den Wert der polnischen gegenüber der deutschen Mark auf das Dreifache — etwa auf 1 : 20. Als aber die Reparationsfrage immer drückender auf Deutschland zu lasten begann und die deutsche Mark immer weiter fiel, besserte sich das Verhältnis der polnischen Mark zur deutschen noch weiter. Nicht, daß die polnische Mark stieg; im Gegenteil, sie fiel mit der deutschen, nur langsamer. Erst als Poincare durch die Ruhrokkupation Deutschland an den Rand des Bankerotts trieb, erfolgte der Sturz der deutschen Mark so schnell, daß sie die polnische Mark einholte: Am 29. Januar standen deutsche und polnische Mark bei einem Dollarkurs von etwa 40 000 wieder pari, wie vor mehr als vier Jahren.

Die französische Reparationspolitik, die die deutsche Mark ruinierte, hat, wie dieser Tiefstand zeigt, den polnischen Bundesgenossen in gleicher Weise betroffen und geschädigt. Die wirtschaftlichen Zusammenhänge und die Verbindungen der Börsen Warschau, Danzig, Berlin sind so eng, daß alle Bestrebungen von polnischer Seite, die polnische Mark von ihrer Abhängigkeit von der deutschen Mark loszulösen, bisher erfolglos geblieben sind. Jetzt, wo die deutsche Mark sogar unter die polnische gesunken ist, macht man in Warschau verzweifelte Anstrengungen, um das weitere Mitstürzen der polnischen Mark aufzuhalten. Im besten Falle dürfte es aber gelingen, den Sturz der polnischen Mark etwas zu bremsen. Daß sich aber ihre natürliche Abhängigkeit von der deutschen Mark lösen läßt, ist nicht zu erwarten, und Polen wird wohl auf diese Weise indirekt seinen Teil an den Reparationen Deutschlands dank der Politik seines Verbündeten weiter zahlen. Daß aber an die effektive Einführung einer eigenen polnischen Währung noch lange nicht zu denken ist, hat erst kürzlich die bekannte Konferenz sämtlicher bisheriger polnischer Finanzminister festgestellt.

Devisen-Kurse.

Berlin, 5. Februar.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		5. Februar.
Amsterdam	1 fl.	14563.50
Brüssel (Antwerpen)	1 Frs.	2014.95
Kristiania	1 Kr.	6982.50
Kopenhagen	1 Kr.	6907.68
Stockholm	1 Kr.	9875.25
Helsingfors	1 finn. Mk.	917.70
Rom	1 Lire	1785.52
London	1 £	172567.50
New York	1 Doll.	37156.87
Paris	1 Frs.	2344.12
Zürich	1 Frs.	6982.50
Madrid	1 Pesetas	5785.50
Wien	100 Kr.	52.46
Prag	1 Kr.	1074.30
Budapest	1 Kr.	14.46

Belle-Plante und Cornelius.

Roman von Claude Tillier.

18. Fortsetzung.

Eine Stunde später war Belle-Plante mit der neuen Haut bekleidet, die ihm die Schere Meister Coutüres zurechtgeschnitten hatte. Er hatte sich ein Hemde plätten lassen, dessen gestärkter Kragen seine Wangen wie eine Mauer umschloß. Um seiner verführerischen Toilette die Krone aufzusetzen, hatte er von seiner Dienstmagd, trotzdem es in den Hundstagen war, ein Paar angora-wollene Handschuhe geborgt. Belle-Plante sah eigentlich nicht allzu übel in den neuen Sachen aus, aber er war steif, unglücklich, eingepreßt in diesem ungewohnten Zeug wie ein Wolf in der Haut eines Rehes. Er begab sich in seinem großartigen Kostüm zu Herrn Desallamagnes. Vater ubnd Tochter waren gerade in der Küche.

„Mein Gott, Herr Belle-Plante, wie fein!" sagte Vater Desallemagnes.

„Bloß Tuch zu fünfzehn Frank die Elle, Herr Desallemagnes."

Luise hatte im Moment begriffen, was Belle-Plantes Anzug bedeutete; sie wurde gleich säuerlich. Sie schnitt keine Grimasse, weil die sie entstellt hätte, aber sie streckte aus ihrem niedlichen Samtpfötchen sachte fünf harte und stahlscharfe Krallen hervor und machte sich bereit, dem häßlichen Bulldoggen, der ihr einen Antrag machen wollte, die Schnauze zu zerkratzen.

„Man kann Herrn Belle-Plante nur zu der schönen Farbe gratulieren, die er gewählt hat. Er sieht aus wie ein Hase mit einem Halskragen."

„Immer spaßig, Fräulein Luise," sagte Belle-Plante ruhig.

„Und Ihre Handschuhe machen einen großartigen Eindruck an Ihren langen braunen Armen. Sie haben wohl Furcht, Frostbeulen zu bekommen?"

Belle-Plante wurde verschnupft, um so mehr, weil das schöne Geld, das er auf seine Toilette ausgegeben hatte, seine Wirkung versagte.

„Weshalb," sagte er, „sollte ich keine Handschuhe tragen? Besitze ich vielleicht nicht die Mittel dazu? Es gibt im Dorfe Leute, die welche tragen und keinen Groschen haben."

„Wenigstens borgen sie sich keine von ihrer Dienstmagd."

„Der ganze Unterschied besteht darin, daß sie sie von ihrem Kaufmann borgen."

Luise, die sich in der Person des Cornelius getroffen fühlte, zitterte wie eine Löwin, die sich auf den Unvorsichtigen stürzen will, der ihre Jungen angreift.

„Das kommt vielleicht daher," sagte sie, „daß die Leute, von denen Sie sprechen, irgend einen Verwandten, vielleicht einen lieben Bruder haben, der ihnen einen Teil ihres Vatererbes gestohlen hat."

„Na," sagte der alte Desallemagnes, der nichts von dieser Unterhaltung verstand; „du wirst uns doch sagen, zu welchem Zweck du dich in die Kosten eines neuen Anzuges gestürzt hast."

„Es geht Sie auch in der Tat etwas an," sagte Belle-Plante, „und wenn Sie eine Flasche Wein heraufholen und wir einen Bissen Brot dazu essen wollen, will ich es Ihnen erzählen."

„Da Sie von einem Bissen Brot sprechen, will ich Sie lieber zum Frühstück einladen."

„Wie Sie wünschen! Ich habe schon zu Haus gefrühstückt und werde nur annehmen, um Sie nicht zu stören."

„Ich war weit davon entfernt, diese Artigkeit zu erwarten."

„Zweifellos ist Ihr gelber Anzug die Ursache, daß Sie das Opfer bringen, zweimal zu frühstücken?" sagte Luise.

„Ich kenne viele, die es nicht tun würden, um einer jungen Dame zu gefallen."

„Luise," sagte Herr Desallemagnes, „ich weiß nicht, was du heute hast. Koche für uns, da Herr Belle-Plante die Güte hatte, unsere Einladung anzunehmen. Schneide einen Schinken auf, brate ein Hühnchen und mache eine Omelette. Man muß doch dem neuen Anzug des Herrn Belle-Plante eine Ehre antun."

„O, Herr Desallemagnes," sagte Belle-Plante, „bitte, machen Sie nicht so viele Umstände wegen meines Anzuges."

Aber in Wirklichkeit stimmte er innerlich für den Mord des Hühnchens. Er berechnete, daß er sich für den Rest des Tages das Essen schenken könnte und daß diese Ersparnis die Schneiderrechnung einigermaßen verminderte.

8.

Während Luise das Frühstück bereitete, ging Belle-Plante in der Küche mit dem Pächter auf und ab und sprach von verschiedenen, sehr unterrichtenden Dingen, wie Hafer, Heu und dem Preis der Kühe auf dem letzten Viehmarkt von Clamecy. Der Redakteur einer landwirtschaftlichen Zeitung hätte aus ihrem Gespräch einen ausgezeichneten Artikel machen können. Belle-Plante verließ seinen Begleiter plötzlich und näherte sich Luisen.

„Mein Fräulein," sagte er, „darf ich mir eine Bemerkung erlauben?"

„Zwei, wenn es Ihnen paßt," antwortete Luise.

„Nun wohl, mir scheint, daß Sie zu viel Butter in diese Omelette tun."

„Wahrhaftig," sagte Luise. „Sie werden mir bald beweisen, daß die Butter auch ein schleichendes Gift ist."

In diesem Augenblick erschien ein Bettler an der Küchentür.

„Herr Belle-Plante," sagte Luise, entzückt von dem Gedanken, zu gleicher Zeit einen kleinen Streich und ein gutes Werk ausführen zu können; „Sie sehen, daß ich beschäftigt bin, wollen Sie an meiner Stelle diesem Armen einen Sou geben",

„Mit Vergnügen, mein Fräulein, das Unglück ist in meinen Augen immer der Achtung würdig. Ein Glas Wasser, das man einem Armen gibt, ist die Gott wohlgefälligste Handlung. Und wenn Sie glauben, daß ein Glas Wasser ein Geldstück ersetzen kann, so will ich ihm gern einen vollen Krug geben."

„Sie zwingen mich also, mich zu unterbrechen, Herr Belle-Plante? Dann werden Sie mir den Stiel der Pfanne halten müssen."

„Ich würde das beinahe ebenso gern tun, und wenn Sie Ihr Almosen selbst geben wollen . . ."

„Nein," sagte Luise, „Sie würden Fettflecke in Ihren neuen Anzug bekommen, Tuch zu fünfzehn Frank, Herr Belle-Plante."

Belle-Plante sah ein, daß er sich fügen müsse, zog einen großen leinenen Beutel aus seiner Tasche und suchte vier schlechte Heller heraus, die er mit möglichst viel Geräusch in den Hut des Unglücklichen fallen ließ.

Der Bettler begann, zu Ehren eines so großartigen Almosens, eines seiner schönsten Gebete herzuleiern. Belle-Plante schielte nach der Küche und bemerkte, daß Luise ihm den Rücken zugewandt hatte.

„Kanaille," sagte er zu dem Bettler, „das ist ein Sou, um den du mich beschwindelst; aber wenn du dich jemals an meiner Tür blicken läßt, lasse ich dich durch meine Hunde zerreißen."

Das Frühstück war bald fertig. Belle-Plante aß wie ein Soldat, der aus dem Lazarett kommt und trank demgemäß, aber er sprach kein Wort von der Angelegenheit, die ihn hergeführt hatte. Herr Desallemagnes hielt es für richtig, ihn gewähren zu lassen, aber alles nimmt ein Ende. Als der letzte Bissen der Omelette auf dem Teller lag, fragte er: „Na, mein Junge, hast du genug gefrühstückt?"

Belle-Plante drehte die Augen nach dem Platze, wo Luise saß, und sagte: „Ich wollte warten, bis wir allein sind."

„Lieber Gott, genieren Sie sich nicht," sagte Luise; „ich weiß im voraus, was Sie sagen wollen; Sie wollen um mich anhalten, nicht wahr? Nun, meine Antwort wird bald gegeben sein. Hier ist sie: ich mag Sie nicht!"

„Sind Sie deswegen gekommen?" fragte Vater Desallemagnes.

Fortsetzung folgt.

Allerlei Wissenswertes.

Aus der Geschichte des Handschuhs. Haben die Handschuhe wirklich eine Geschichte? Man hat keine ganz zuverlässige Kenntnis darüber, wo und wie, aber sicher ist es, daß es lange her ist, seit man das erste Paar Handschuhe anzog. Auf den Gedenksteinen der Pharaonen sind Handschuhe unter den Gaben dargestellt, die besiegte Völker vor den Thron des Siegers trugen. — Eine praktische Anwendung hatte man für die Handschuhe zur Zeit, als man den Gebrauch von Messern und Gabeln noch nicht kannte: man zog Handschuhe an, wenn man warme Speisen aß, sie schützten so schön vor dem Verbrennen der Finger! Um das Jahr 1000 begann man in Deutschland Seidenhandschuhe an Stelle der plumpen Lederhandschuhe zu verwenden, die bis dahin allein im Gebrauch gewesen waren, und gleichzeitig kam die symbolische Verwendung des Handschuhs auf. Er wurde als Zeichen der Unterwerfung eines aufrührerischen Vasalls unter seinen Landesherrn angewandt, als Herausforderung des Ritters gegen seinen Nebenbuhler oder einen anderen, der sein Recht verletzt hatte. Die adligen Damen versahen ihre Handschuhe mit Stickereien und Juwelen oder streuten wohlriechende Pulver darauf — zur Freude für den, der die Hand küßte. Daß man das Pulver auch in minder liebenswürdiger Absicht streuen konnte, zeigt das Beispiel der Katharina von Medici, die auf diese Art die Mutter Heinrichs IV., Johanna von Navarra, vergiftete.

Die Zahl der höfischen Handschuhanekdoten ist Legion. Der Graf von Essex trug auf seinem Barett den Handschuh, mit dem ihm die Königin Elisabeth die historische Ohrfeige gegeben hatte, als sie entdeckte, daß ihr Günstling sie betrog. Dieselbe Königin versuchte einst, Shakespeare dadurch in Verwirrung zu bringen, daß sie ihm ihren Handschuh vor die Füße warf, als er gerade einen König spielte. Shakespeare stutzte einen Augenblick, dann nahm er den Handschuh auf und überreichte ihn würdevoll der Königin, indem er sagte: „Obgleich wir eine so hohe Würde bekleiden, beugen wir uns doch, um den Handschuh aufzuheben." — Königin Christine war eine so schwärmerische Bewunderin von Corneille, daß sie einen ihrer Handschuhe, den der berühmte Dramatiker geküßt hatte, unter Glas und Rahmen setzen ließ und darunter schrieb: „Diesen Handschuh hat der große Dichter des „Cid" geküßt."

Arbeitslohn und Arbeitszeit vor 500 Jahren. Die zahlenmäßig riesigen Summen, die heute die meisten Arbeiter als Arbeitsentlohnung erhalten, stehen bekanntlich in gar keinem Einklang zu den Preisen, die die Lebensmittel usw. kosten. Früher war der Ausgleich zwischen Lohn und Preisbildung entschieden ein gerechterer und günstigerer; auch um die Dauer der Arbeitszeit brauchte nicht groß gekämpft zu werden. Zahlreiche, historisch einwandfreie Belege hierfür — sie finden sich u. a. gesammelt in Damaschkes „Geschichte der Nationalökonomie" (Jena. Gustav Fischer) — sind vorhanden. Hier einige Proben: Es erklärte der Bischof Antonius von Florenz in seiner Summa theologica (1450), daß „für die Gewinnung des Lebensunterhaltes eine kurze Arbeitszeit genüge". Es galt als charakteristisch für besonders habgierige Leute, wenn sie mehr arbeiteten, als sie für sich und das Wohlbefinden ihrer Familie gebrauchten. Die Entlohnung war im allgemeinen eine recht beträchtliche. In Sachsen konnte um diese Zeit ein Bauhandwerker für seinen Wochenlohn drei Schafe und ein Paar Schuhe erstehen. Um 1500 konnte jeder Bauhandwerker in Niederösterreich für einen Tagelohn 8 bis 10 Pfund Ochsenfleisch kaufen. Hundert Jahre früher wurde der Maurergeselle in Bremen so bezahlt, daß er für die Entlohnung einer achttägigen Arbeit ein fettes Schwein erstehen konnte. Vielfach waren die Kleinbetriebe jener Zeit sogar schon „sozialisiert". So erhielten die Straßburger Webergesellen und die Ulmer Goldschmiedegesellen (nach einer Handwerksordnung von 1364) ein Drittel bis die Hälfte des Meistererlöses von der gemeinsam geleisteten Arbeit. Der Handwerksgeselle stand bekanntlich im ganzen Mittelalter bei seinem Meister nicht nur in Lohn, sondern auch in Logis und Beköstigung. Diese war gleichfalls genau — und auskömmlich — geregelt. So berichtet Butzbach in seinem „Wanderbüchlein": „Das gewöhnliche Volk hat selten bei der Mittags- oder Abendmahlzeit weniger als vier Gerichte. Zur Sommerzeit überdies noch morgens als Frühstück Klöße mit in Butter gebackenen Eiern und Käse; obendrein nehmen sie außer dem Mittagsmahl noch des Nachmittags als Vesperbrot, sowie zum Nachtessen Käse mit Brot und Milch." Und die Gesellen sahen peinlich darauf, daß sie in nichts zu kurz kämen; das Zusammengehörigkeitsgefühl hatte unter ihnen eine starke Solidarität erzeugt. Eine sächsische Landesordnung jener Tage spezialisiert denn auch das Essen, das der Handwerksgeselle zu verlangen habe, folgendermaßen: „Den Werkleuten sollten zu ihrem Mittag- und Abendmahle nur vier Essen (Gänge), an einem Fleischtage eine Suppe, zwei Fleisch und ein Gemüse, auf einen Freitag und einen andern Tag, da man nicht Fleisch isset, eine Suppe, ein Essen grüne und dörre Fische, zwei Zugemüse" gegeben werden. Auch die Arbeitszeit war geregelt; sie war niemals übermäßig ausgedehnt und richtete sich meist nach der Lichtdauer. Eine Bergwerksordnung um 1500 setzte sogar die Arbeitszeit für die Bergknappen auf sieben Stunden fest. Die Arbeiter des „finsteren" Mittelalters lebten also in vieler Beziehung besser, auskömmlicher und weit weniger ausgebeutet als ihre Nachfahren in unseren Tagen, die Fett und Fleisch nur noch aus den Schaufenstern kennen.

Genossen, vergeßt den Pressefonds nicht!

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Amtlicher Teil

Bekanntmachung.

Tarif für den Regieschleppbetrieb auf dem Elbe-Trave-Kanal.

Laut Beschluß des Senates vom heutigen Tage tritt am Mittwoch, dem 7. Februar 1923 ein neuer Schlepplohntarif in Kraft, welcher gegen die bestehenden Sätze im allgemeinen eine Erhöhung um 60 v. H. bringt.

Abdrücke des neuen Tarifes, der im lübeckischen Gesetz- und Verordnungsblatt veröffentlicht wird, sind von der Schleppbetriebsstelle der Handelskammer zu beziehen.

Die neuen Tarifsätze sind auf Grund der Preise für Inlandskohlen errechnet; sollten die Verhältnisse zum Bezug von Auslandskohle zwingen, so ist mit einer alsbaldigen weiteren Erhöhung der Schlepplöhne zu rechnen.

Lübeck, den 8. Februar 1923. (12644

Die Handelskammer.

Nachtrag zur Bekanntmachung, betr. die Festsetzung des Wertes der Sachbezüge vom 30. Dezember 1922: An die Stelle der Ziffer III tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1923 folgende Bestimmung: II. Wert des Deputats der Landarbeiter Mk. 400 000.— jährlich bei 2700 Stücken Arbeitsstunden oder rund Mk. 150.— für die Stunde. 12655

Lübeck, den 8. Februar 1923.

Das Versicherungsamt.

Kronsforder Forstrevier.

Holzverkauf

am Donnerstag, dem 8. Febr., vorm. 10 Uhr, im Gasthause „König in Kronsforde". Forstrevier Stockbruch: 12 rm Eichen, 5 rm Weißbuch, 4 rm Aspen und 1½ rm Erlen-Knüppel, [illegible] rm [illegible] 68 rm Eichen-Stock und Reisig, 3 Hfl. Eichen-Stubben. Forstort Kannenbruch, an der Bunkendorfer Straße: 86 Eichen-Stämme, 15 Birken-Stämme, 2 rm [illegible], 6 rm Eichen u. 18 rm Rotbuchen-Knüppel, 2 rm [illegible], 6 rm Eichen-Stock, 12 Hfl. Birken-Stubben. An der Bunkendorfer Straße: 6 rm Eichen, 2 rm Weißbuch und 4 rm Eichen-Knüppel, [illegible] rm [illegible] und Buchen-Stock, 36 Hfl. Eichen-Stubben. An der Dodendorfer Straße: [illegible] Buchen, [illegible] Birken, 4 Rl. Eichenreisig, 240 Bohnenstangen, 21 Hfl. Eichen-Stubben. An der Mühlenstraße: 54 rm Buchen-Knüppel, 1 rm [illegible], 12 Hfl. Buchen-Stubben. An Gemeinheiten: 13 Hfl. Buchen-Stubben.

Bemerkung: nur an Bürger für eigenen Hausbrand. Der Anfuhrlohn kann Mitte Februar gezahlt werden und entgegen. (12656

Kronsforde, im Febr. 1923.

Der Revierförster.

Nichtamtlicher Teil

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. Bezirk Lübeck.

Nachruf.

Am 2. Febr. 1923 starb unser Kollege

Herbert Fabr.

Geb. (12566

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Beerdigung am Donnerstag, 7. Febr., nachm. 3½ Uhr von der Kap. Brunsbüttel.

Die Ortsverwaltung.

Am 3. d. M. entschlief nach mehrwöchigem Leiden unser lieber Vater, Groß-, Urgroßvater und Schwiegervater (12659

Luise Busch

geb. Wendt

im 82. Lebensjahre.

Im Namen der Hinterbliebenen:

Jul. Mengel u. Frau

geb. Busch

mit Kindern und Enkelkindern.

Wilhelmine Meyer

geb. Busch.

Beerdigung am Mittwoch, 7. d., vorm. 10½ Uhr, Burgtor-Friedh.

Mit Gut, Kuh, Stiere [illegible] Angebote [illegible] (12658

---

1 eul. Bettstelle zu verkaufen [illegible] (12654 Glockengießerstraße 30 I.

[illegible] A 697 an die Exp. (12653

[illegible] A 696 an die Exp. (12652

[illegible] Gr. [illegible] Fernruf [illegible] (12651

Billig! (12665) Billig! Mäntel und Schläuche. **A. Meyer**, Händler. Gr. Vogelsang 13 a I.

J. alls. Frau sucht Filiale zu übern., irg. w. Art. K. k. gestellt w. Ang. u. A 704 an die Exp. (12671

F. e. ruh. 7 M. a. Kd. (Jg.) a. Pflegeit. ges., a. l. Marli. A u. A 706 a. d. Exp. (12673

Gute Frauen-Haare kauft (12650 100 Gr. bis 800 Mk. Haarhandlung **Kostbahn,** Sandstraße 12. von 9—12, 3—5 Uhr.

---

5 hausen 13 12649 zahlt Uhrmach. Hübner d. höchsten Tagespreise f. Gold-, Silber-, Platin-Bruch, Gebisse u. Uhren

---

Steppdecken Anfertigung u. Neubeziehen. Spethmann Breite Str. 31 Fernsp. 8659 12646

Gold- Bruch **Silber-, Platin, Uhren, Zahngebisse, Brillanten, alte Münzen** kauft zu anerkannt höchsten Preisen **Westfehling,** Holstenstraße 32. Eigene Schmelze. (12645

Wer sein eigener Lieferant sein will, wird Mitglied des Konsumvereins!

Hut-Ziehe

Wahmstraße 9.

Herrenhut-Umpresserei und -Reinigung

Zylinder-Bügeln und -Vermieten

Margarine billig

weit unter Fabrikpreis

2950, 3400, 3600 pro Pfd.

bis Mittwoch abend 6 Uhr

Lübecker Margarine-Zentrale

A. Dreessen. (12670

Visitenkarten

werden in modernster Ausführung angefertigt bei

Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46

Achtung! Zimmerer

Schwartau-Rensefeld.

Versammlung

am Dienstag, 6. Februar präzise 7½ Uhr

Gasthof Transvaal.

12663) **Der Einberufer.**

Freier Wassersport-Verein in Lübeck.

Außerordentliche **Mitglieder-Versammlung** am Mittwoch, 8. Februar **im Vereinslokal.** Sehr wichtige Tagesordnung.

12657) **Der Vorstand.**

Trocadero.

Schüsselbud. 4. F. 787

Täglich ab 5 Uhr nachmittags: **Weberus-Stimmungs-Konzerte.** 12661

Hansa-Theater.

Heute Montag, sowie Dienstag und Mittwoch 7½ Uhr: (12660

Madame Pompadour

Donnerstag 7½ Uhr: Gastspiel **Henri Vahl** als **Raffke** in

Familie Raffke.

Freitag z. ersten Male!

Boccaccio.

Stadttheater Lübeck

Montag 7.30: 13. **Volksk. Konzert.**

Dienstag, 7.30 Uh. A. **Tiefland.** (12652

Mittwoch 7.30, Uh. A: **Der Gastfreund,** hierauf **Die Argonauten.** 1. Teil a. d. Trilogie: Das goldene Vließ.

Felle kauft höchstzahlend **Isaac Frankenthal** Beckergrube 53. Tel. 8641. 12648 **Haare**

Wildfelle,

wie: Hasen, Kanin, Ziegen, **Dachse, Eichhörnchen,** Rehe, **Katzen,** Marder, **Iltisse,** Wiesel usw. kauft dauernd zu **höchsten Tagespreisen** (12647

Freifierer erhalten bedeutend erhöhte Preise.

Eduard Hirschberg, Lübeck, 20 Sandstraße 20.

---

60 Mühlenstraße 60

zahlt immer noch den höchst existierenden Tagespreis für (12666

Eisen, Lumpen, Metalle, Flaschen, Papier, Haare, Felle, usw.

Bei Metallen Ausweis erforderlich.

Lissner & Goldschmidt, Telephon 442.

Kautabak.

Der Preis für Lübecker Kautabak beträgt ab heute pro Rolle 12669

200 Mark.

Tabakfabrik **Chr. Fioto.**

Ehlers & Reetwisch

Holstenstr. 1. St. Petri 2-4.

Herren- und Damen-Konfektion Schuhwaren.

Das bekannt reelle Einkaufshaus für Arbeiter und jeden Beruf. 10250a

---

Gemeinnützige Siedlungs-Genossenschaft e. G. m. b. H.

zu Lübeck.

Ordentliche Generalversammlung

am Dienstag, d. 13. Februar, abds. 6½ Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht des Vorstandes.
2. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes.
3. Antrag auf Löschung des Vorkaufsrecht der G. S. G.
4. Neuwahlen zum Aufsichtsrat.
5. Neuwahlen zum Vorstand.
6. Einführung eines Mitgliederrats.

12661) **Der Vorstand.**

Lübecker Volksbote

1. Beilage. Montag, 5. Februar 1923. Nummer 30.

Freistaat Lübeck.

Montag, 5. Februar.

Neue ungeheuerliche Preissteigerung.

Steigerung des Wochenpreisniveaus um 68,5 Prozent.

In der abgelaufenen Woche (27. Januar bis 2. Februar) erreichte die **Wochenpreisindexziffer 6874,95**, d. h. die zugrundegelegten vier Waren erreichten im Großhandel das **6875fache ihres Vorkriegsstandes** (Ende 1913 gleich 1), so daß damit die Inlandskaufkraft der Mark am Großhandelsniveau gemessen auf ein 6875stel ihres Vorkriegswertes herabgedrückt wurde. An Dollarkursniveau gemessen wies die Reichsmark zu Beginn des Februar (27. Januar bis 2. Februar) nur noch den 9143sten Teil ihres Außenwertes der Vorkriegszeit auf. Der Dollarmittelkurs betrug im Wochendurchschnitt des 27. Januar bis 3. Februar 38 388,33, so daß sich gegenüber dem Durchschnittskurs der Vorwoche, von 21 300 Mark für einen Dollar, eine Steigerung um 80,2 Prozent ergab, während sich das **Großhandelspreisniveau von 4081,08 auf 6874,95, das sind 68,5 Prozent, erhöhte.** Die Erhöhung der Vorwoche hatte 24 Prozent betragen, die der Woche vom 13. bis 20. Januar den bis dahin höchsten Steigerungsgrad von 60,7 Prozent aufgewiesen, so daß in der Berichtswoche ein **neuer Rekord in der deutschen Preisentwicklung eingetreten ist.** Zu der Preissteigerung in der Berichtswoche trugen vornehmlich die gewaltige Erhöhung der Kohlenpreise um durchschnittlich 78 Prozent ab 1. Februar, sowie der Walzwerksprodukte bei; ferner wurde unter Syndikatspreisen der Zementpreis um 66 Prozent, der Kalipeis um 75 Prozent erhöht.

Bürgerschaftsvorlagen.

Holzschlag und Chausseebauten in Russe.

Infolge der Dürre sind in den Jahren 1921 und 1922 in den Fichtenbeständen der Reviere Israelsdorf und Ritzerau viele Einzelstämme in der Krone trocken geworden, so daß es sich empfiehlt, sie baldigst einzuschlagen und zu verwerten. Dieser Mehreinschlag stellt eine außerordentliche Nutzung dar, deren Rohertrag auf 12 Millionen Mark für das Revier Israelsdorf und 10 Millionen Mark für das Revier Ritzerau zu bemessen ist. Hinzu kommt die außerordentliche Nutzung einer 7 Hektar großen Niederwaldfläche im Israelsdorfer Revier, die in Wiesen umgewandelt werden soll, mit einem Rohertrag von etwa 10 Millionen Mark. Der Gesamtrohertrag der außerordentlichen Hauungen wird sich demnach auf etwa 32 Millionen Mark, der Reinertrag auf etwa 21 Millionen Mark belaufen.

Die Finanzbehörde hat empfohlen, diese außerordentliche Einnahme nicht für laufende Verwaltungszwecke, sondern zum dauernden Nutzen des Forstbesitzes des Staates zu verwenden. Sie hat vorgeschlagen, sie für den weiteren Ausbau der Verkehrs- und Waldwege in den Enklaven mit größeren Waldflächen zu verwenden. Gute Abfuhrmöglichkeiten würden die Abfuhr des Holzes aus den Forsten erleichtern, verbilligen und von der Jahreszeit unabhängig machen, sowie auswärtige Käufer veranlassen, höhere Holzpreise zu zahlen. Durch die Inangriffnahme der Bauten würde gleichzeitig 25 bis 30 Personen, die jetzt aus dem Holzhauereibetrieb entlassen werden müssen, Arbeit und Verdienst gewährt werden. Im besonderen hat die Finanzbehörde empfohlen, den Weg Russe—Poggensee, den Weg von Poggensee bis zur Gabelung nach Mannhagen und nach Bälau und den Weg von Russe in der Richtung Mannhagen bis zur Landesgrenze zu chaussieren, wenn die beteiligten Gemeinden Russe und Poggensee sich in angemessener Weise an den Kosten beteiligen.

Auf Grund der angestellten Verhandlungen haben sich die Gemeinden Russe und Poggensee bereit erklärt, das Befestigungsmaterial unentgeltlich an die Verwendungsstelle heranzuschaffen, auch gewisse Handdienste zu leisten und ferner ein Sechstel der Arbeitslöhne für die in Russe und Poggensee wohnenden und an den Chausseebauten beteiligten Arbeiter zu tragen. Außerdem wird die Gemeinde Poggensee, die erhebliches Steinmaterial besitzt, dieses unentgeltlich für den Weg Poggensee—Mannhagen (Bälau) zur Verfügung stellen. Nach Abzug der Leistungen der Gemeinden werden auf den lübeckischen Staat an Kosten nach einer Schätzung des Oberbaurats Studemund etwa 18,2 Millionen Mark entfallen.

Senat und Finanzbehörde sind der Ansicht, daß es wirtschaftlich richtig ist, die Ueberschüsse der außerordentlichen Hauungen in der vorgeschlagenen Weise zu verwenden und stellt deshalb einen dementsprechenden Antrag zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft. Die Baubehörde ist beauftragt worden, sofort mit den Arbeiten zu beginnen.

Genosse Stelling

spricht am Dienstag abend in der **Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins** im Gewerkschaftshaus über den Ueberfall des französischen Imperialismus auf Deutschland.

Beginn 7½ Uhr. Mitgliedsbücher vorzeigen.

Mittel für die öffentliche Kinderspeisung.

Durch Rat- und Bürgerschluß vom 13. November 1922 ist dem Jugendamt für die öffentliche Kinderernährungsfürsorge in diesem Winter ein Betrag von 3 000 000 Mk. zur Verfügung gestellt worden.

Diese Summe war erforderlich für die tägliche Speisung von 1000 Kindern. Nach einer Mitteilung des Deutschen Zentralausschusses für die Auslandshilfe ist nunmehr durch eine erfolgreiche Werbetätigkeit in Amerika und durch bedeutende Zuschüsse der Reichsregierung eine weitere Ausdehnung der Kinderspeisung möglich geworden. Lübeck ist ermächtigt worden, vom 4. Januar 1923 ab statt 1000 1384 und vom 15. Januar ab 1540 Kinder zu speisen. Die Zuweisung ist zu begrüßen, da eine Ende Dezember 1922 von den Schulärzten vorgenommene Untersuchung aller Schulkinder bei 3348 **Kindern den Zustand ausgesprochener Unterernährung** und dringender Speisebedürftigkeit ergeben hat. Auch ist eine geringe Zunahme der Tuberkulose deutlich wahrnehmbar geworden.

Für die hinzukommenden 540 Kinder müssen von Lübeck weitere Lebensmittel, wie Kartoffeln, Hülsenfrüchte, Gemüse und Fleisch beschafft werden. Weitere Unkosten werden entstehen durch die Vermehrung des Küchenpersonals und durch den Mehrverbrauch von Kohlen. Das Essen wird in die Ausgabestellen durch die Reichswehr und die Sicherheitspolizei unentgeltlich abgefahren; die Strafanstalt Lauerhof berechnet hierfür täglich 100 Mark. Zur Deckung der Unkosten wird von den zahlungsfähigen Eltern der an der Speisung teilnehmenden Kinder ein kleiner Beitrag erhoben; dieser reicht aber bei weitem nicht aus, um die Kosten für die jetzt mehr benötigten Lebensmittel bestreiten zu können. Das Jugendamt und das Gesundheitsamt haben daher beantragt, für diesen Zweck einen weiteren Betrag von 2 000 000 Mark zu bewilligen.

Der Senat ist bereit, diesem Antrage zu entsprechen, und stellt einen dementsprechenden Antrag zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft.

Veränderte Festsetzung der Gaspreise.

Die Besetzung des Ruhrgebietes wird es voraussichtlich notwendig machen, für die Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke englische Kohlen in größeren Mengen anzukaufen. Um die hierdurch gegebenenfalls im Laufe eines Monats entstehende Mehrausgabe wieder ausgleichen zu können, hat die Betriebsbehörde beantragt, sie zu ermächtigen, die Verkaufspreise für Gas, Elektrizität und Wasser auch im Laufe eines Monats entsprechend den Kohlenklauseln neu festzusetzen und zu veröffentlichen. Der Senat tritt dieser Maßnahme bei und stellt einen diesbezügl. Antrag zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft.

Die Milchpreise

in unserer von reicher Viehzucht umgrenzten Gegend betragen wie gemeldet **700 Mark für Hamburg** und **600 Mark für Lübeck.** Wie diese Preise zustande kommen, ist bekannt. Wir haben am Sonnabend einige andere Großstädte angeführt, wo die Milchpreise erheblich niedriger sind. Darunter Berlin und Halle. Heute tritt Leipzig hinzu. Dort wurde der Milchpreis auf 344 Mark ab Laden und **345 Mark frei Haus** festgesetzt. Also ein Unterschied gegenüber Lübeck um 155 Mark pro Liter! In Halle wurde der Ladenpreis in der laufenden Woche auf 480, der Stallpreis auf 382 Mark festgesetzt. Die Bezirkspreisprüfungsstelle hat aber diesem Preis die Zustimmung versagt — was in herzhafte deutsche Sprache übersetzt nach dem Halleschen Volksblatt so viel heißt wie amtliche Kennzeichnung des Wuchers.

Mangel an möblierten Zimmern.

Das Wohlfahrtsamt schreibt uns: Neben dem Mangel an Wohnungen macht sich in Lübeck in zunehmendem Maße auch ein Mangel an einzelnen möblierten Zimmern geltend. Die Vermietung solcher Zimmer war bisher dem freiwilligen Ermessen der Wohnungsinhaber überlassen. Gelingt es jedoch nicht auf freiwilligem Wege den Bedarf an möblierten Zimmern auch weiterhin zu decken, so wird das Wohnungsamt erwägen müssen, ob es nicht, wie in anderen Städten, zur zwangsweisen Beschlagnahme einzelner Zimmer zwecks möblierter Vermietung schreiten muß. Bisher hat sich die Beschlagnahme in Lübeck auf die Fälle beschränkt, in denen es sich um eine vorhandene oder zu schaffende Wohnung handelte. Eine weitere Ausdehnung der Zwangswirtschaft wird sich aber nur vermeiden lassen, wenn mehr möblierte Zimmer angeboten werden als bisher. Vielfach wird die Vermietung abgelehnt mit der Begründung, daß die zu erzielende Miete in keinem Verhältnis zu den mit der Vermietung verbundenen Unkosten, Unbequemlichkeiten und Verlusten stehe. Diese Begründung dürfte heute kaum mehr zutreffen, denn mit den Wohnungsmieten haben sich auch die Mieten für möblierte Zimmer erheblich erhöht. Vielfach haben sie sogar eine ganz unangemessene Höhe erreicht, die vom Standpunkt der Allgemeinheit aus nicht gebilligt werden kann. Auf der anderen Seite scheuen sich aber gerade die Kreise, die am dringendsten auf den Ertrag aus solcher Zimmervermietung angewiesen sind, die Kreise der Kleinrentner, Kriegerwitwen usw., vielfach noch, die Miete angemessen zu erhöhen. Demgegenüber sei bemerkt, daß im allgemeinen heute eine Monatsmiete von 4000 bis 5000 Mark für ein möbliertes Zimmer in durchschnittlicher Lage, Größe und Ausstattung mit Bettwäsche, Morgenkaffee und Bedienung nach den Vorschriften des Reichsmietengesetzes nicht zu hoch bemessen sein dürfte.

Zu dieser Notiz über den Mangel an möblierten Zimmern passen ja famos die Zimmervermietungsangebote in der bürgerlichen Presse an Ausländer. Wir haben erst am Freitag so einen handfesten Demokraten und Patrioten festgenagelt und Schlußfolgerungen gezogen, die durchaus mit dem oben Gesagten übereinstimmen. Solche Valutahungerleider gibt es genug, auch in unserer Stadt. Vielleicht greift das Wohnungsamt hier einmal herzhaft zu.

Das Schiff „Zufall".

Von John Gabriel Soltis (London).

Das Schiff „Zufall" verließ Glasgow am 6. September 1809. Es war nach einem fernen Hafen bestimmt und trug Gold und Silber an Bord. Seine Besatzung bestand aus 22 Mann, einem Kaplan, einem Rechtsanwalt und dem Eigentümer der unschätzbaren Ladung inbegriffen.

Das Wetter war schön und der Himmel klar, die See ruhig und der Wind günstig. Und dieses schöne Wetter dauerte etwa eine Woche lang an. Dann aber, als sich der „Zufall" inmitten des Ozeans befand, erhob sich ein schrecklicher Sturm, der mehrere Tage hindurch tobte und den „Zufall" wie ein Stückchen Kork auf zornigen Wassern herumschleuderte. Als sich das Wetter wieder aufgeheitert hatte, fand der Kapitän, daß das Schiff seinen Kurs verloren habe.

Wochenlang suchte der „Zufall" nun auf fremden und trügerischen Meeren Weg und Ziel vergeblich. Die Vorräte schwanden, waren endlich völlig aufgebraucht und der Besatzung bemächtigte sich Verzweiflung. Sollten nicht alle verloren sein, so blieb nicht übrig, als einen aus ihrer Zahl zu töten und sein Fleisch zu verzehren. Der Entschluß war furchtbar, doch schien er unvermeidlich.

Früh am nächsten Morgen, gerade als die Männer durchs Los entscheiden wollten, wessen Leben geopfert werden müsse, ließ der Ruf des Rechtsanwalts Archibald Pennyworth: „Land! Land!" die Augen der unglücklichen Mannschaft in die Ferne schauen. Ja, dort zeigte sich Land!

Der „Zufall" lief eine unbekannte Insel an. Die Männer traten aus dem Schiffe. „Wir sind gerettet", riefen sie.

*

Das drängendste und unmittelbarste Problem war das der Nahrung. Das Gold und Silber, im „Zufall" angehäuft, war unnütz, denn es konnte nicht gegessen werden.

Zum Glück besaß die Insel üppige Vegetation. Und so gingen ein paar von den Leuten auf Erkundigung aus, was denn auf der Insel Genießbares wüchse. Die Schar kam bald zurück und brachte wilde Ziegen mit, die auf einem nahen Hügel geweidet hatten. Auch gab es wilde Früchte in Menge, ebenso fanden sie viele Arten Nüsse.

„Alles, was wir zu tun haben, ist, der Insel unsere Arbeit zu geben, bis wir einmal befreit werden!" so sprach Charles Stewart der alte Seemann.

„Ja, so ist es!" stimmten alle Seeleute ihm zu.

*

Während die Seeleute sich entschlossen, den Kampf mit der Insel aufzunehmen, beschlossen die drei Angehörigen der übergeordneten Menschenklasse, nämlich der Kaplan, der Rechtsanwalt und der Besitzer der Gold- und Silberschätze, sich zu Eigentümern der Insel zu machen. Denn die Bodenbearbeitung sagte ihnen nicht recht zu. Und das war erklärlich. Sie wollten nicht nur nicht arbeiten, sondern auch noch die Arbeit der anderen überwachen. Sie fanden sich also zu heimlicher Besprechung in einem nahen Walde zusammen und nun eröffnete Archibald Pennyworth, der Rechtsanwalt, seinen Plan: „Ich will die Eigentumsrechte an dieser Insel beanspruchen auf Grund der unbestreitbaren Tatsache, daß meine Vorfahren vor hundert Jahren dem König von Spanien darin beistanden, etliche hunderttausend Indianer abzuschlachten. Ich will behaupten, der König von Spanien habe deshalb meiner Familie in Ansehung ihrer außerordentlichen Verdienste um König und Vaterland diese Insel als dauernden Besitz erbeigentümlich zugesprochen."

„Und nun, mein lieber Reverend Mockery," sagte Pennyworth zu dem Kaplan, „nun mußt du meinen Anspruch bestätigen, indem du erklärst: es sei Gottes Wille und der Obrigkeit müsse gehorcht werden! Das wird die Gemüter der Burschen in Verwirrung bringen — und meine Eigentumsrechte sind gesichert!"

Und dann, zu dem Finanzmann sich wendend, dem Herrn über Silber und Gold, der sich gegen einen Baum gelehnt hatte und reichlich schwermütig und verdüstert dreinsah, sagte er: „Ist die Insel erst einmal in meinem Besitze, dann wollen wir das Gold und Silber dazu benützen, um die Seeleute für ihre Arbeit zu bezahlen. Und wie die Insel in unserem Besitze ist, wird es dann auch das Gold und Silber sein!"

„Eine glänzende Idee, Archibald, eine glänzende Idee!" rief der Finanzmann, dem die Lebensgeister wiederkehrten. Er klopfte Pennyworth anerkennd auf die Schulter.

„Also, wir sind alle einig, nicht wahr?" fragte Archibald.

„Wir sind es!" antworteten ihm die Freunde.

Und die drei verließen den Wald, um ihren Plan den Seeleuten zu eröffnen.

*

Die rote Scheibe der flammenden Sonne sank langsam, als sich die verlorene Mannschaft des „Zufall" vor einem großen Felsen nahe der Küste versammelte, um die drei übergeordneten Persönlichkeiten sprechen zu hören. Eine kühle Brise rauschte durch die Blätter eines unweiten Baumes, aus dessen Geäst ein schöner Vogel süße, bezaubernde Melodien vernehmen ließ. Bald gossen auch die Sterne ihren sanften, goldenen Glanz erdenwärts.

Archibald bestieg den Felsen und seine Freunde begleiteten ihn. Und nachdem er in wohlgesetzter und kluger Rede den Anspruch seiner Eigentumsrechte an der fruchtbaren Insel vorgebracht hatte, rief der gute Kaplan Mockery zur Bekräftigung dieses Anspruches den unerforschlichen Willen Gottes an.

Aber da geschah es, daß die Seeleute allen Worten und Ansprüchen gegenüber taub und unbelehrbar blieben.

Dann bestieg Vassar, ein Seemann, der in seinem Leben manchen Gedanken über die Menschen und ihr Recht an der Erde zu Ende gedacht hatte, den Rednerfelsen und sagte etwa dieses:

„Meine Herren! Sie können ihr Gold und Silber behalten, denn es ist uns zu nichts nütze — wir können es nicht essen. Um auf dieser Insel leben zu können, dazu ist nötig, daß man arbeite. Denn es verlangt Arbeit, die Ziegen zu melken, die Früchte zu pflücken, die Bäume zu fällen, das Holz zu spalten und Hütten daraus zu bauen. Diese Insel gehört denjenigen, die sie bebauen und bewohnbar machen. Wir Seeleute haben uns deshalb zu verschiedenen Arbeitsgruppen zusammengetan, wir wollen die Arbeit leisten. Sie, meine Herren, haben nun die Freiheit, sich jener unserer Arbeitsgruppe anzuschließen, die Ihnen am besten zusagt. Aber, hören Sie: wenn Sie nicht arbeiten, werden wir Sie nicht ernähren!"

Diese Rede überraschte die übergeordneten Persönlichkeiten nicht wenig, doch blieb ihnen auf jener Insel keine Wahl, als sich dem Beschluß der Mehrheit zu fügen. Und dieser Beschluß zwang sie zur Arbeit.

Doch als sie von jenem Felsen hinweggingen, da sagte der Finanzmann zu seinen Freunden: „Seht, das macht Erziehung aus schlichten Leuten!"

Und er erkannte in jenem Augenblick, daß sein Gold und Silber nicht die letzten höchsten Dinge des Lebens seien.

(Uebertragen von Max Hayek.)

Der Schieber zur Situation:

Deutschland in Not? Was heißt? Wieso?
Wir saufen Sekt, wir saufen Bordeaux!

Hä? Deutschland hat kein Essen mehr?
Uns ist die Tafel gedeckt, aber sehr!

Und wenn sie mit mangelndem Hausbrand euch schrecken;
Wir haben Bewegung, wir hamstern Effekten!

Wir urteilen kühl über Poincare —
Ein Schieber tut doch dem andern nicht weh!

Und wenn auch: wir kennen die Situation
Durch Anno 16 und 17 schon!

Der große Trost ist uns geblieben:
Wir haben geschoben und werden schieben!

Ihr sprecht, über Deutschland bricht Elend herein —
Gott ja, gewiß, es kann schon sein!

Was kümmert's uns, wenn man so spricht,
Denn Deutschland — das sind wir doch nicht!

(W. im „Vorwärts".)

Arnold-Zweig-Vorträge.

Arnold Zweig las gestern vormittag im Rahmen der Vorträge des Buddenbrook-Hauses hier aus seinen Werken. Die meisterhafte psychologische Studie über den Jünger Goethes, Eckermann, die fein beobachtete Kindheitseindrücke einer Episode aus dem demnächst erscheinenden Werke „Söhne" und die in der Zeit der „Ersatzstoffe" spielende köstliche Szene „Laubheu" waren von fesselndem Reiz und wurden vom Dichter wirksam zu Gehör gebracht. Auch die der jüdischen Geschichte entnommene Darstellung „Jerusalems Befreiung", mit der der Vortrag geschlossen wurde, zeigte anschauliche Gestaltungsgabe. Das in dem stimmungsvollen Raum zahlreich versammelte Publikum folgte den Vorlesungen des Dichters mit starkem Interesse, umsomehr, als der Vortragende über eine gut geschulte Sprechtechnik verfügt. Die lästigen Störungen, die leider wiederholt durch lautes Füßegetrampel im oberen Stockwerk verursacht wurden, müssen für die Zukunft verhindert werden.

Pth.

*

Der Jude in der Gegenwart. Im Hause der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit sprach am Sonntag abend Dr. Arnold Zweig über dieses Thema vor geladenen Gästen. Dem eigentlichen Stoff legte der Vortragende eine geschichtlichen Reminiszenz der gegenseitigen Völkerbeziehungen zugrunde. Er wies auf die Struktur der geistigen Gemeinsamkeit der europäischen Völker hin, die der Krieg durchbrochen und der als Ergebnis den Sakroegoismus hervorgerufen habe. Unsere heutige Erdideologie bilde den letzten Rest einer vom römischen Imperium ausgehenden Entwicklung, sei das Zerfallprodukt einer großen geistigen Einheit, die durch Erdgebundenheit und Gottessehnsucht fast überall die gleichen feinnuancierten Weltgefühle auslöste. Der heutigen Beziehungslosigkeit der Völker untereinander stellte Zweig die völkerverbindenden Momente entgegen, wie sie sich z. B. bei dem Bergunglück in Courrieres, dem Unfall der Titanik usw. offenbarten. Als Gegenstück den vergeblichen Ruf Nansens vor dem Völkerbund bei der russischen Hungerkatastrophe. Diese Beziehungslosigkeit der Völker wirkt sich aus in einem Abstoßungsprozeß der Menschen innerhalb begrenzter Gebiete. Die Distanzlosigkeit gibt auch die Grundlage für den Antisemitismus. Damit kam der Vortragende auf das Judentum selbst zu sprechen, das sich im orientalischen Blut eine lebendige Gemeinschaft von unbegrenzter Ausdehnung geschaffen hatte, heute aber eine absterbende Beziehungsgemeinschaft bildet genau so wie die anderen Völker. Bei allem großen Gebrechen verlangen die Menschen nach einer plastischen Darstellung der Ursachen. Wie man früher Jesuiten und Freimaurer für Geschehnisse und Merkmale des Unübersichtlichen verantwortlich machte, so lädt man heute die Schuld auf die Juden. Man dringt nicht in das Wesen des Seins, sondern man rationalisiert. Die gestaltende Kraft des Menschen verwandelt sich in Phrasen. Der Mensch verfällt der Erscheinungswelt. Frühere Jahrtausende, unübersichtliche katastrophale Ereignisse erschüttern ihn, zerreißen die dünne Haut logischer Erklärungen und lesen ihn unrettbar in menschliche Urschuldhände. Riesengroß wird die anschauliche Gestalt, die schuld sein muß am Krieg, der Revolution, den Nachkriegserscheinungen. So erweist sich auch die antisemitische Bewegung gleich den geistigen Epidemien früherer Zeiten, die vom lebendigen Denken unberührt blieb. Der Jude wird zum greifbaren Menschen, dem nachgesagt wird, als einziger aus der Schaltung der Dinge Nutzen gezogen zu haben. Jede auffallende politische Erscheinung wird als jüdisch verschrien. Der letzte Teil des Vortrages befaßte sich mit der jüdischen Situation in einem von der Umwelt abhängigen Bilde. Aus ihr ist zu konstatieren, daß heute kein jüdisches Zentrum existiert, wie es im Chasarentum bestanden hatte. Deshalb sei die Gefahr vorhanden, daß sich jüdisches Leben nicht mehr aus sich selbst ergänzen könne. Groß sei die Zahl der aus dem Judentum hervorgegangenen Gelehrten, Künstler, produktiv Tätigen. Nach einer Skizzierung der Entwicklungsmöglichkeiten des polnischen Judentums behandelte der Redner die zionistische Niederlassung in Palästina, die der Beweis zu erbringen habe, ob sich das Judentum aus sich selbst heraus erneuern könne. Erfolg oder Mißerfolg dort wirke auf das islamitische Judentum zurückwirken. In Palästina treffen jetzt zwei Welten: der weinende im Westen, die Wiedergeburt des mittelalterlichen Judentums im westeuropäischen Kulturkreis. Dann wirke der Staat der jüd. Jugend Erinnerung für die Jugend geschaffen. Ein Erfolg im Palästina habe das jüdische Gericht und wirke auf die Völker zurück. Der Antisemitismus werde an Gefährlichkeit verlieren. In Amerika habe sich ein reibungsloses kaufmännisches und menschliches Zusammenarbeiten ohne Beschränkungen herausgebildet, und dieser Entwicklung werde auch Deutschland entgegengehen.

Das Sterben der Leihhäuser. Die finanziellen Schwierigkeiten machen allen in Privat- oder Vereinsbesitz befindlichen Leihhäusern (Volksbüchereien) heute über den Kopf. Unsere Gewerkschaftsbücherei hat leider einstweilen die Pforten schließen müssen. Die Volksmacht öffentliche Bücher- und Leihhalle hat schon vorher ordnen das Schicksal erreicht, und nun hört, wie die Neue Hab. Landesztg. berichtet, selbst eine so bekannte und blühende Leihhalle wie die Jenaer, das Werk Ernst Abbés, vor demselben Schicksal. Trotz der Unterstützung der Karl-Zeiß-Stiftung kann das gemeinnützige Unternehmen nicht weiterbestehen. Ein Moment auch für Lübeck, wo man Heim's immer noch versucht, einen Zusammenschluß der städtischen Büchereien und damit eine vorteilhafte Wirtschaft zu bewerkstelligen.

Die neue Plakate. Wiederholt sind uns Beschwerden vorgetragen, daß das Anbringen neuer Plakate verboten ist oder daß sie beschlagnahmt wurden. So vorige Woche wieder Anhängen der „Hamburgerin". Nach unseren Erkundigungen handelt es sich aber bisher nicht um Schikanen der Behörden gegen die Plakate. Mit dem Rat, daß es keine eigene Bewandtnis. Es ist eben unseres erachtens unerträglich, daß manchen Herren in ihrem Kopfe die durch eine Plakate nicht behagen und daß sie nicht eben aus der Kleinen Seele heraus verhindern wollen. Hier aber handelt es sich darum, daß besonders Minderjährige der Straßen die nötige Aufklärung finden und daß sich nicht durch Prüde Wirkungen in Wirkung verkehren. Zum Beispiel haben Kriegsanzeigen und Sexual [illegible] Jugend [illegible] zu können. Es ist [illegible] Eltern und Vormünder [illegible] Plakate zu [illegible] und [illegible] Gesichtspunkte [illegible]. Die Kino [illegible] die Schlagzeile [illegible]. Ein Bericht [illegible] Bevölkerung! [illegible] Aufklärung des Publikums beschäftigt und im [illegible] Interesse [illegible] vom [illegible] abgelehnt. Nun wurde auf Grund der [illegible] vorige Woche auch der Anschlag von der Beschlagnahme der Plakate bemerken, eben weil er im Schaden [illegible] Sitten gerade hier. Ein [illegible] Schaden [illegible] die Beschlagnahme veranlaßt. Sie wurde aber, nachdem der Polizeipräsident Gerade Kenntnis erhalten hatte, sofort wieder aufgehoben.

Eine Lohnbewegung in der Seeschiffahrt ist zum Abschluß gekommen. Der Verein Deutscher Kapitäne und Offiziere der Handelsmarine [illegible] Seite Reedereien haben den vom Schlichtungsausschuß gefällten Schiedsspruch angenommen, durch den die Heuern und Gehälter in Kraft ausgedrückten Beträge der Tarife für alle Dienstgrade der Schiffsbesatzungen rückwirkend ab 1. Januar um 25 Proz. erhöht wurden. Dazu ist jetzt noch eine Erhöhung der tariflichen Bezüge für die Kapitäne auf Seeschiffen aller Größen um 25 % ebenfalls rückwirkend ab 1. Jan. vereinbart. Schließlich hat der Zentralverein Deutsch. Kapitäne und Offiziere [illegible] standen, daß alle Einzelsteuerleute, auch die der Schiffe von 101 bis 400 Brutto-Registertons, in allen Fahrten mit rückwirkender Kraft ab 1. Januar die tarifliche Heuer des 1. Offiziers in der Nord- und Ostseefahrt erhalten. Damit hat die Seeschiffahrt ihre Lohnbewegung für Januar abgeschlossen.

Das Gewerkschaftssekretariat bestohlen. Das Halunkenvolk stirbt nicht aus, es wird immer dreister und vergreift sich auch an dem mühsam erworbenen Besitztum der Arbeiterorganisationen. Nachdem vor einigen Monaten die Schreibmaschine des Parteisekretariats geklaut worden war, haben Diebe am Sonnabend nachmittag zwischen 1 und 3 Uhr, also am hellen Tage, auch die Schreibmaschine des Gewerkschaftssekretariats, Marke Ideal, gestohlen. Den Schreibmaschinenkasten ließen sie stehen. Die Türen müssen durch Dietriche oder Nachtschlüssel geöffnet worden sein. Die Strolche sind mit ihrem Raub unerkannt entkommen.

Ein Geschäft für Goldhamsterer. Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 5. bis 11. Februar zum Preise von 150000 Mk. für ein Zwanzigmarkstück, 75000 Mk. für ein Zehnmarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichssilbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt vom 5. Februar ab bis auf weiteres zum 3000fachen Betrages des Nennwertes.

w. **Stadthallen-Lichtspiele.** Die fünf Frankfurter. Rößlers erfolgreiches Lustspiel aus der Frankfurter Judengasse ist nun auch von der Filmindustrie ausgenutzt worden. Diese gibt sich in ihrer Bearbeitung viel Mühe, das Original noch zu übertrumpfen. So bringt sie in einem „Der Vater" betitelten Vorspiel Maier Amschel Rotschild, den Begründer des Stammhauses, und seine Schicksale mit auf die Leinwand. Dann werden geschichtliche Persönlichkeiten wie Bonaparte, Franz I., Heinrich Heine, Rossini, Wellington und Bleichröder in die Handlung verflochten. Genreszenen, die nur in höchst loser Fühlung mit der Idee, das eigentliche Wesen der damaligen Zeit zu schildern, stehen. Ein hübscher, prächtiger Bilderbogen ist aus der Geschichte der fünf Frankfurter Rothschilds geworden, der die Zuschauer auch nach Wien, London, Paris und Neapel führt! Tüchtige Schauspieler tragen die Biedermeierkostüme mit Würde und Anstand und verstehen ausgezeichnet, das Altfrankfurter Milieu hervorzuzaubern. Allen voran Fritz Hirsch als Stammvater und Frieda Richard als Stammutter Gudula geb. Nathanson. Der verstorbene Hartau als Salamon und Rita Burg als dessen Tochter Charlotte. Dann Desidor Zador als der Londoner, D. Michailow als der Pariser und Artur Bergen als der Neapolitaner Rotschild. Alles in allem war das Publikum von dem Geschauten sichtlich befriedigt. Für die Lachmuskeln sorgte Leo Peukert als Professor Rehbein auf Freiersfüßen. Zu Beginn wird Westerland auf Sylt mit seinem Bade- und Strandleben gezeigt.

pb. **Festgenommen** wurde ein Händler aus Wismar, der versuchte, hier 15 geschlachtete Hühner und einen halben Zentner Hafer zu verkaufen, über deren rechtmäßigen Erwerb er sich nicht ausweisen konnte. Die Hühner rühren wahrscheinlich von einem Diebstahl her.

pb. **Gestohlen.** Aus einem Fremdenzimmer in der Ziegelstraße wurde ein Ober- und ein Unterbett und aus einem in der Breiten Straße angebrachten Schaukasten sind 15 Stück Gürtel aus Galleith und Metall entwendet worden. — Aus einem Kontor am Geibelplatz ist eine Schreibmaschine, Marke „Adler" älteren Systems gestohlen worden. — Aus einem Raume der hiesigen Kinderküche ist eine silberne Feligranbrosche mit kurzem Kettenanhänger abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. — 3 Damastbettbezüge, 3 Damastbettlaken und 3 Damastkopfkissenbezüge, gez. F. M., und ein großes Tafeltischtuch sind von dem verschlossen gewesenen Trockenboden eines Hauses in der Breiten Straße gestohlen worden.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Parteisekretariat. Ab heute befindet sich das Sekretariat des sozialdemokratischen Vereins, Johannisstr. **48 I.** (frühere Genossenschaftsbücherei).

Stadttheater. Im Dienstag-Ab. „Tiefland". Mittwoch zum ersten Male: 1. Teil aus der Trilogie „Das goldene Vließ", „Der Gastfreund", hierauf: „Die Argonauten".

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Pferdefleischvergiftungen sind im Stadtteil Eimsbüttel erneut vorgekommen, nachdem diese bereits vor einigen Monaten zu verzeichnen waren. In drei Familien sind 8 Personen erkrankt, die sämtlich in Krankenhäuser geschafft worden. In allen Fällen handelt es sich um bei einem Roßschlachter in der Müggenkampstraße gekauftes Fleisch. Die polizeiliche Untersuchung ist sofort eingeleitet. Pferdefleisch darf nicht in rohem Zustande im Haushalte aufbewahrt werden, sondern es ist sofort nach dem Kaufe zuzubereiten.

Harburg. Die schwere Bluttat in der Wilstorfer Straße ist aufgeklärt. Der Täter, Hans Glauß, ist in Göttingen ermittelt und dort festgenommen worden. Glauß war früher in Göttingen in Fürsorgeerziehung und dort auch an einem Autodiebstahl beteiligt gewesen.

Kiel. Familientragödie. Sonnabend nacht hat der Zollbeamte Holm aus Neustadt seine Ehefrau und ihren Liebhaber, den Viehhändler Boc aus Jarrendorf bei Flensburg, die er seit einiger Zeit verfolgt hatte, in Kiel auf der Straße erschossen. — Todesurteil. Wegen Ermordung seiner Ehefrau hatte sich vor dem Schwurgericht der 36jährige Heizer Broda, wegen Beihilfe der Schlachter Friedrich Schöne, beide aus Kiel, zu verantworten. Broda war während des Krieges in Sibirien interniert und hatte nach seiner Rückkehr die Schwester Schönes geheiratet. Anfänglich war das eheliche Verhältnis ein gutes, bis der Schwager Unfrieden stiftete. Er war es auch, der Broda veranlaßte, seine Frau beiseite zu schaffen. Der Mord wurde anläßlich einer Hamburgfahrt nach einem ländlichen Orte bei Kiel ausgeführt. In einer Tannenschonung überfiel Broda seine Frau und erstach sie. Die furchtbar zugerichtete Leiche, die erst einige Tage später aufgefunden wurde, wies etwa 20 Messerstiche auf. Nach der Tat entfloh Broda aus Kiel und ließ sich auf einem schwedischen Dampfer anmustern. An Bord des Schiffes wurde er, als dieses den Nord-Ostsee-Kanal passierte, bei Holtenau verhaftet. Er legte ein volles Geständnis ab. Das Gericht verurteilte ihn zum Tode. Schöne wurde mit acht Jahren Zuchthaus bestraft.

Gewerkschaften.

Lohnsteuer in Rußland. Die Sowjetregierung hat für die Empfänger von Gehältern und Löhnen, die den tariflichen Höchstbetrag übersteigen, eine besondere Lohnsteuer eingeführt, die neben der allgemeinen Einkommensteuer durch Abzug vom Lohne zu erheben ist. Steuerpflichtig ist der Betrag über den tariflichen Höchstbetrag. Die Steuersätze sind stark progressiv gehalten und betragen 6 Proz. bei 500, 10 Proz. bei 2500, 25 Proz. bei 5000 Rubel (= 5000 Millionen alter Rubel) usw. Alte Lohnabzüge in Rußland. In Rußland ist es eben etwas anderes.

Aus aller Welt.

Die Opfer auf der Heinitzgrube. Die Zahl der geborgenen Opfer auf der Heinitzgrube hat sich auf 117 erhöht. Noch nicht gefunden wurden 24 Vermißte, die in den zertrümmerten Schächten begraben sind. Die Gemeinde Roßberg hat vorläufig jeder betroffenen Familie 20 000 Mark, und der Landrat in Beuthen je 20 Pfund Mehl zur Linderung der Not überwiesen. Der Oberschlesische Hilfsbund hat vorläufig zwei Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

Die Fleischvergiftungen in Freienwalde. Die nach dem Genuß verdorbenen Pferdefleisches erkrankten Personen befinden sich glücklicherweise auf dem Wege der Besserung und dürfen als gerettet angesehen werden. Die amtliche Untersuchung wird sehr sorgfältig ausgeführt und wird voraussichtlich scharfe Maßnahmen seitens der Stadt und der Regierungsstellen zur Folge haben. Da nun von den Abdeckereien merkwürdigerweise trotz der enormen Geldentwertung für einen Pferdekadaver nur 1000 bis 2000 Mark gezahlt werden, sieht die Landbevölkerung zu, daß selbst sterbende Pferde und Rinder noch notgeschlachtet werden und das Fleisch verkauft wird, da der Roßschlächter für ein Pferd, dessen Fleisch noch verwendet werden kann, **100 000 Mark und mehr zahlt.** In dem vorliegenden Fall hat der Schlächter Reszuleit für das auf dem Gute Reichenow erworbene Pferd, trotzdem der Leib des Tieres schon stark angeschwollen und das Tier bereits im Sterben war, **noch 185 000 Mark gezahlt.** Die Untersuchung im bakteriologischen Institut hat ergeben, daß als Ursache der Fleischvergiftungen eine besondere Art des Paratyphusbazillus, der sogenannte Gärtnerbazillus, in Frage kommt, der bei zahlreichen Fleischvergiftungen ermittelt worden ist. Bei diesen Fleischvergiftungen hat es sich meist um Fleisch von kranken Tieren, namentlich von Rindern und Kälbern gehandelt, das bei Menschen schwere Erkrankungen und Todesfälle hervorgerufen hat. Eine besondere Eigentümlichkeit dieses Erregers ist, daß er hitzebeständige Gifte bildet, so daß auch gekochtes und gebratenes Fleisch gesundheitsschädlich wirkt.

Raubüberfall auf die eigene Mutter. Ein schweres Verbrechen ist in Zehlendorf verübt worden. Dort überfiel der 19 Jahre alte Hans Wittenburg seine eigene Mutter, um sie zu berauben und entfloh dann. Er ist noch nicht ergriffen. W., der zum Herumtreiben neigt, hatte sich seit 10 Tagen nicht mehr daheim sehen lassen. Donnerstag morgen erschien er plötzlich, erklärte der Mutter, daß er nach Rußland gehen wolle, um in die Rote Armee einzutreten, und verlangte von ihr Wäsche und Kleidungsstücke. Die ahnungslose Frau gab ihm zu essen, ließ ihn die Wäsche wechseln und machte sich dann daran, ihm Wäsche und Kleidungsstücke in einen Karton zu packen. Da fiel der Sohn von hinten über sie her, versetzte ihr mit einem zugeklappten großen Genickfänger, wie sie im Kriege viel gebraucht wurden, mehrere wuchtige Schläge auf den Kopf, bis sie ohnmächtig zu Boden fiel, und würgte sie nun am Halse. Die Mutter bat flehentlich, sie doch am Leben zu lassen. Er erwiderte, sie solle ruhig sein", er wolle sie „nur fesseln". Aus mehreren Wunden und aus Mund und Nase blutend, rang die Mutter mit dem Sohne, bis er ihr mit einem festen Strick die Hände gefesselt hatte. Dann schleppte der rohe Bursche die Mutter nach der Wohnstube, schloß sie dort ein, riß alle Schlüssel an sich, öffnete die Behältnisse, holte die Schmucksachen heraus und ging dann ins Schlafzimmer, um Kleidungsstücke zusammenzupacken. Als er sich schon einen Karton zurechtgelegt hatte, gelang es der Mutter, ihre Hände so weit frei zu bekommen, daß sie ein Fenster öffnen und um Hilfe rufen konnte. Mehrere Hausbewohner kamen herbeigeeilt und der Sohn lief ohne Beute davon und entkam.

Eine gemeingefährliche Wurstfabrik. Die Polizei in Braunschweig beschlagnahmte bei einer unvermutet nächtlichen Durchsuchung in der Wurstfabrik des Schlächtermeisters W. Blume zwei Kälber und ein Rind, deren Fleisch dem **Abdecker zugeführt werden sollte, da die Tiere an schweren Krankheiten verendet waren.** Das Fleisch war mit einem im städtischen Schlachthaus gestohlenen Stempel gestempelt. Nach Aussage des Personals hat Blume **seit Jahren das Fleisch von Tieren, die für die Abdeckerei bestimmt waren, zu Wurst verarbeitet und dabei ein Vermögen von vielen Millionen Mark verdient.** Blume wurde verhaftet, die Wurstfabrik wurde polizeilich geschlossen. — Es gibt immer wieder einen Lump, der den andern an Gemeinheit übertrifft.

Zuchthausstrafe für einen Fabrikdirektor. Der Mitbegründer der Aktiengesellschaft Papierfabrik Donner u. Lüders in Halberstadt hatte sich vor der Strafkammer in Halberstadt wegen Verleitung zum Meineid zu verantworten. Die Firma hatte 1919 und 1920 **Umsatzsteuererklärungen abgegeben, in denen viele Millionen weggelassen waren.** Im Verlauf des Strafverfahrens, das darauf hin anhängig gemacht worden war, hatte Donner einen Bureauangestellten zu falschen Angaben zu verleiten gesucht. Die Strafkammer verurteilte ihn zu einem Jahr Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust.

Neue Bücher.

(Sämtliche hier besprochenen und aufgeführten Bücher sind durch die Buchhandlung des Lübecker Volksboten zu beziehen.)

Ein Gradmesser unserer Wirtschaftsnot ist die soeben im Verlage von J. H. W. Dietz Nachf., Berlin, SW. 68, erschienene Schrift von Dr. R. Kuczynski „Lebenshaltung und Löhne" (Grundzahl 0,60). Die darin enthaltenen Tabellen über Existenzminimum und Einkommen zeigen wie Fiebertabellen die steigende Not, die alle redlichen Volksgenossen verzehrt und die kurzen Aufsätze des scharf beobachtenden Wirtschaftspolitikers reden wie ärztliche Krankheitsberichte zu uns. Sie sagen uns, wo der Kern des Uebels sitzt und deuten auf heilsame Mittel. Die Schrift erscheint als zweites Heft des Jahrbuches für 1922 der „Finanzpolitischen Korrespondenz" und enthält Artikel Kuczynskis, die die wirtschaftliche Entwicklung von Juli bis Dezember schildern.

Prof. Oskar Jaszi: Magnariens Schuld — Ungarns Sühne. Revolution und Gegenrevolution in Ungarn. Mit einem Vorwort von Eduard Bernstein. Verlag für Kulturpolitik, München. Das Buch ist wichtig für den deutschen Leser, der an Ungarn nicht achtlos vorübergehen darf, erstens, weil es ein lehrreiches Gegenstück zu Rußland darstellt, bei dem schwerster Konservativismus und schwerste Reaktion den abgewirtschafteten Bolschewismus ablösten, zweitens, weil das Land durch seine geographische Lage das Zünglein an der Wage jedes mitteleuropäischen Ordnungsversuches bedeuten muß. Jaszi, der ehemalige Nationalitätenminister im Kabinett des Revolutionspräsidenten Grafen Karolyi, Professor der Soziologie an der Budapester Universität, gibt eine Darstellung der demokratischen Oktoberrevolution 1918, der kommunistischen Märzrevolution und zuletzt des weißen Terrors mit den Farben eines Miterlebenden, Mitschönsenden und Mitleidenden. Auf den Grundlagen sorgfältig ausgewählter geschichtlicher Dokumente gibt er auch eine tiefdringende soziologische und massenpsychologische Analyse dieser bedeutenden Geschichtsepoche. Besonders seine Gesichtspunkte über das Nationalitätenproblem, die Agrarfrage, den Bolschewismus, den Antisemitismus und die Zukunftsmöglichkeiten des Sozialismus — alles Probleme, die die ganze Welt und jedes Land heute angehen — sind durchaus neu und originell. Es ist begreiflich, daß eine Autorität wie Eduard Bernstein sich angeregt fühlte, in einem gedankenreichen Geleitwort für dieses bedeutende Werk Stellung zu nehmen. Das Buch ist in Ungarn verboten.